Nr. 198 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Donnerstag, den 25. August 1927

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Illustr. Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Volk u. Zeit“. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 24 605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Die Schande der Berliner Hotelbesitzer.

Sie hissen das amerikanische Sternenbanner und schämen sich der deutschen Nationalflagge.

Würdelose Gesellschaft.

Unter Führung des Hotel Adlon.

Berlin, 25. August. (Radiomeldung.)

Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abbeg, hat die **Einladung zum Festbankett der Funkindustrie aus Anlaß der Eröffnung der Berliner Funkausstellung abgelehnt.** Dieses Bankett findet im Hotel Esplanade statt, **das am Verfassungstage nicht geflaggt hatte.**

Die „Vossische Zeitung“ gibt eine Auseinandersetzung bekannt, die sie im Juni mit der Direktion des Hotels Adlon hatte. Das Hotel hatte damals aus Anlaß der Ankunft der beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine **die amerikanische Flagge ohne die deutsche gehißt. Diese Ungehörigkeit wollte das Blatt in einem Artikel festnageln, indem auf die Taktlosigkeit und den Mangel an nationaler Disziplin hingewiesen werden sollte. Die Direktion bekam vorzeitig Kenntnis von dem Artikel, hißte nicht die Reichsflagge, sondern zog die amerikanische Flagge ein,** worauf der Artikel gegen das Hotel — merkwürdigerweise — nicht gebracht wurde. Diese zarte Rücksichtnahme hat das Hotel nicht gehalten, **am amerikanischen Unabhängigkeitstage das Sternenbanner zu zeigen, aber am deutschen Verfassungstage die Nationalflagge nicht zu hissen.**

Ueber dasselbe Hotel, in dem gegenwärtig Neuyorks erster Bürgermeister wohnt, schreibt die „Vossische Zeitung“ in einem Leitartikel „Nationale Disziplinlosigkeit“ folgendes:

„Das Hotel Adlon, in dem Walker, ein Mann und ein Sohn des Volkes, absteigt, **zeigt das nationale Symbol seines eigenen Volkes nicht. Sein Besitzer geniert sich!** Geniert sich vor seinen parteipolitisch verbohrten reichen deutschen Gästen und **geniert sich nicht, seinen Mangel an nationalem Anstand und nationaler Disziplin vor den Amerikanern zu zeigen.** Geniert sich, die Fahne des deutschen demokratischen Staates zu zeigen, geniert sich aber sonst nicht, die Vorzüge und verschiedenen Vorrechte demokratischen Gebarens im bürgerlichen Leben in Anspruch zu nehmen.

Dieses Hotel läßt auf seinem Dach das amerikanische Sternenbanner wehen, das Banner eines Landes, in dem es ein Geschäft sieht. Ein Land, das keine fremde Fahne im Bereich seiner Landeshoheit zeigen läßt, ohne daß gleichzeitig an gleich prominenter Stelle die amerikanische Nationalflagge weht. Eines Landes also, in dem man weiß, was nationaler Anstand ist und in dem nationale Disziplin vielleicht die ausgesprochenste Bürgerpflicht ist.“

Die Vorgeschichte des Flaggenskandals.

Die Konsequenzen des Berliner Magistrats.

Berlin hat einen Flaggenskandal, der bezeichnend ist für die Einstellung des besitzenden Bürgertums gegenüber den republikanischen Reichsfarben. Große führende Hotels in Berlin haben am Verfassungstag demonstrativ die Reichsflagge nicht aufgezogen. Auch bei früheren Gelegenheiten haben diese Hotels die Reichsfarben nicht gezeigt. Wohl aber zeigen sie ausgiebig fremde Nationalflaggen, so vor allem das Sternenbanner. Es ist ein systematischer Boykott gegen die Reichsfahne. Dieser Boykott geht zurück auf ein Rundschreiben des Vereins Berliner Hotel- und verwandter Betriebe vom 30. Juli 1924, in dem es heißt:

„. . . Sehr wichtig! Betrifft Stellungnahme des Gewerbes gegenüber den Behörden, insbesondere dem Magistrat. Der Stand hat aber noch weniger Veranlassung, trotz der Behandlung dauernd auf Wünsche und Anregungen von Behörden und vom Magistrat einzugehen. Bekanntlich haben diese Stellen dauernd Wünsche auf Unterstützung irgendwelcher Veranstaltungen, auf Flaggen an gewissen Tagen, auf Unterbringung abgebauter Beamten und dergleichen. Wir erhalten täglich Anregungen seitens gerade unserer hervorragendsten Mitglieder, die darauf abzielen, eine einheitliche Stellung im Verein gegenüber den Wünschen des Magistrats einzunehmen. Wir machen diese Auffassung zu unserer eigenen und ersuchen unsere Mitglieder ergebenst, alle Wünsche und Anträge von Behörden, insbesondere des Magistrats Berlin, rundweg abzulehnen und demgemäß auch am sogen. (!) Verfassungstag oder an anderen Tagen nicht zu flaggen. Die Verfassung, in der sich das deutsche Unternehmertum und besonders das Hotel- und Restaurationsgewerbe dank beamtetem Unverständnis und behördlicher Mißgriffe befindet, ist nicht geeignet, uns zu veranlassen, irgendwelchen Tag festlich zu begehen und dies durch Flaggen zu bekunden. Gerade als Zeichen der Abwehr und des Bedauerns gegenüber den Behörden sollten unsere Betriebe an diesem Tage und an anderen Tagen ohne festlichen Schmuck bleiben.“

Der Berliner Magistrat hat aus dieser würdelosen demonstrativen Haltung gegen die Farben des Reiches die Schlußfolgerungen gezogen. Er hat beschlossen, künftig nicht mehr an Festlichkeiten teilzunehmen, die in Hotels abgehalten werden, die sich weigern, die Reichsflagge zu zeigen. Der Beschluß ist praktisch geworden. Oberbürgermeister Boeß hat es abgelehnt, an dem Eröffnungsessen zur Funkausstellung im Hotel „Esplanade“ teilzunehmen. Er hat weiter die Teilnahme an einem Bankett des Amerikanischen Klubs für den Neuyorker Oberbürgermeister Walker im „Kaiserhof“ abgelehnt. Gleichzeitig hat das Auswärtige Amt der Direktion des Hotels „Kaiserhof“ erklären lassen, daß es einen international nicht erwünschten Eindruck hervorrufen müsse, wenn dieses Unternehmen wohl eine ausländische Nationalflagge, nicht aber die Reichsflagge hisse.

Die Hoteliers haben daraufhin am Mittwoch eine Sitzung abgehalten. Sie haben beschlossen, auch in Zukunft nicht die schwarzrotgoldene Flagge zu hissen. Sie haben den Beschluß begründet mit der dreisten Bemerkung, daß die schwarzrotgoldene Flagge zwar die offizielle deutsche Reichsflagge, gleichzeitig aber das Symbol des Parteistreits sei. Sie haben demonstrativ am Mittwoch das Sternenbanner, die amerikanische Nationalflagge gesetzt und erklären gegenüber dem Protest der Oeffentlichkeit kühl, daß sie, da sie politisch neutral wären, sich auch der deutschen Nationalflagge gegenüber neutral verhalten würden. Also Neutralität im Zeichen der amerikanischen Nationalflagge gegenüber der deutschen Nationalflagge! Wenn ein Berliner Hotelier im Kaiserreich es gewagt haben würde, öffentlich mit deutlicher Herabsetzung der schwarzweißroten Fahne seine Neutraliät gegenüber der Reichsflagge zu erklären und statt der Reichsflagge die amerikanische Flagge zu setzen, so hätte man etwas erleben können. Der Mann hätte sich in Berlin nicht halten können.

Walker verläßt das Hotel Adlon?

Berlin, 25. August. (Privattelegramm.)

Wie die „Vossische Zeitung“ aus amerikanischen Kreisen erfahren haben will, soll Botschafter Schurman beabsichtigen, dem Oberbürgermeister von Neuyork James Walker für die Dauer seines Berliner Aufenthalts Wohnung in der amerikanischen Botschaft anzubieten.

*

Walkers Uebersiedlung vom Hotel „Adlon“ in die amerikanische Botschaft wäre die beste Antwort auf das würdelose Benehmen der Hoteldirektion und ihrer Gesinnungskumpane.

Die preußische Regierung mit dem Berliner Magistrat solidarisch.

Berlin, 25. August. (WTB.)

In Kreisen der preußischen Staatsregierung teilt man dem gleichen Blatt zufolge die Stellungnahme des Berliner Magistrates vollständig. **Auch die preußischen Minister werden daher in Zukunft von Veranstaltungen, die in Hotels stattfinden, die am Verfassungstage nicht die verfassungsmäßigen Farben zeigen, fernbleiben.** Entsprechend dieser Haltung hat gestern Staatssekretär Abegg die Funkausstellung im Hotel „Esplanade“ gemieden.

Beschlüsse der republikanischen Presse.

Der Arbeitsausschuß der Vereinigung „Republikanische Presse“ hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Vereinigung „Republikanische Presse“ begrüßt den Beschluß des Berliner Magistrats, in Zukunft diejenigen Berliner Hotels zu meiden, die am Verfassungstage nicht in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geflaggt haben, und ebenso die Schritte, die das Auswärtige Amt in derselben Angelegenheit unternommen hat. Die allem internationalen Brauch widersprechende Nichtbeflaggung in den Reichsfarben an dem Tage, an dem Reichspräsident und Reichsregierung, Landesregierung und Magistrat im Einklang mit der großen Mehrheit des Volkes die Weimarer Verfassung feiern, bedeutet eine **auffällige politische Demonstration gegen Verfassung und Republik.** Die Vereinigung „Republikanische Presse“ **empfiehlt deshalb ihren sämtlichen Mitgliedern, an Veranstaltungen in denjenigen Berliner Hotels, die am Verfassungstage nicht in den Reichsfarben flaggen, nicht teilzunehmen.**

Erste authentische Aufnahme Saccos kurz vor seiner Hinrichtung

Nicola Sacco nimmt nach 26tägigem Hungerstreik die erste Nahrung zu sich und zwar auf bitten der um ihn versammelten weinenden Familie.

Haussuchung bei den tschechischen Fasciften.

Prag, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Mittwochvormittag wurde im Sekretariat der Fascistischen Partei in Prag eine Haussuchung vorgenommen, bei der u. a. auch der berühmte „General“ Gaida anwesend war. Die Hausdurchsuchung dauerte 2½ Stunden. Ueber ihr Ergebnis bewahrt die Polizei vorläufig Stillschweigen. Nach den Meldungen eines halbfascistischen Blattes wurden bei der Haussuchung alle Protokolle und alle vom Direktorium der fascistischen Partei oder von Gaida persönlich herausgegebenen Richtlinien beschlagnahmt, ebenso das gesamte Adressenmaterial der Partei und verschiedene Manuskripte. Zu gleicher Zeit wurde auch bei einem fascistischen Führer Haussuchung vorgenommen und sechs dieser Personen wurden der Polizei vorgeführt. Die Abendausgabe des Prager rechtsnationalistischen tschechischen Blattes bringt diese Hausdurchsuchungen in Zusammenhang mit der Nachricht, daß vergangene Nacht aus der Wohnung eines Mitgliedes des Disziplinarausschusses gegen Gaida Dokumente, die diese Affäre betreffen, gestohlen wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0001

Die überreizte Pariser Polizei.

Vorgehen auch gegen harmlose Passanten.

Paris, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Bei den blutigen Zwischenfällen der vorletzten Nacht sind nach **amtlicher Darstellung 121 Polizisten, darunter mehrere lebensgefährlich, verletzt worden; 200 Personen wurden festgenommen.** Wieviel Manifestanten verwundet wurden, ist nicht bekannt geworden, da zahlreiche Leichtverletzte es vorgezogen hatten, ihre Personalien nicht anzugeben, doch dürfte **die Zahl der Verwundeten 300 übersteigen.** Die Entrüstung über die Roheit der Polizei ist in der hiesigen Oeffentlichkeit sehr groß. Die Linkspresse greift den Polizeipräfekten ob seiner, der Polizei erteilten rücksichtslosen Befehle scharf an und der „Soir" stellt fest, daß die Regierung allein die Verantwortung für die blutigen Zwischenfälle trage, da sie die Manifestation, die völlig harmlos verlaufen wäre, verboten hat.

„Paris-Soir" meint, daß die Fäuste und die Gummiknüppel der Polizei selten mit soviel Eifer funktioniert hätten. Der Polizeipräfekt sucht das Versagen der Polizei auf den wirklich gefährdeten Stellen auf ihre numerische Schwäche zurückzuführen und kündigt an, daß er in kürzester Zeit den Antrag auf Erhöhung der Polizeikräfte stellen wird.

Aus den zahlreichen, sich zum Teil widersprechenden Angaben über die Zwischenfälle der vorletzten Nacht geht hervor, daß **die Zahl der Manifestanten, die die Exzesse begannen, rund 5000 betrug,** die sich in verschiedene Gruppen verteilten. Anfangs lag die Absicht vor, vor der amerikanischen Botschaft zu manifestieren, aber die starke polizeiliche Absperrung hinderte die Manifestanten daran, die sich zerstreuten und sich in mehreren Abteilungen in verschiedene Teile der Stadt begaben, wo nur schwache Polizeikräfte aufgestellt waren. **Diese wurden überrannt, und so waren die Manifestanten etwa eine Stunde lang Herr des Montmartre.** Als dann telephonisch zur Verstärkung herbeigerufene Polizeimannschaften in Autocars herbeieilten, waren diese derart überreizt, daß sie sich unterschiedslos auf harmlose Spaziergänger und Passanten stürzten und wahllos auf sie einschlugen. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Pressevertreter, die ebenfalls trotz Vorweisung ihrer Ausweiskarten von der Polizei mißhandelt wurden. An fünf verschiedenen Punkten der Stadt wurde scharf geschossen. **Auf dem Montmartre gingen die Manifestanten gegen die Kaffeehäuser und das Theater „Moulin Rouge", in dem etwa 500 Amerikaner der Vorstellung beiwohnten vor, wobei etwa 100 Schüsse abgegeben wurden.**

Am Mittwoch herrschte Ruhe in ganz Paris. Die amerikanische Botschaft und das amerikanische Generalkonsulat sind immer noch von starken Polizeikräften scharf bewacht

Nicht alle dürfen protestieren.

Nur die, die nicht Gesinnungen verfolgen.

Aus Paris wird gemeldet: Zur Hinrichtung Saccos und Vanzettis und zu den Pariser Kundgebungen schreibt das offizielle Organ der Sozialistischen Partei, der „Populaire": Sacco und Vanzetti sind gestorben, nicht weil sie schuldig waren, sondern weil sie anarchistische Tendenzen vertraten; Tatschenko, Boris Stefanoff und viele andere starben in den Gefängnissen auf dem Balkan, weil sie Kommunisten waren; Tausende von russischen Sozialisten sind gestorben oder sterben langsam in den Gefängnissen der Bolschewisten wegen ihrer sozialistischen Weltanschauung; Tausende von Unschuldigen kommen in Italien um, weil sie sich weigern, sich dem Fascismus anzuschließen. **Wer diese Verbrechen duldet, hat nicht das Recht, gegen das Verbrechen von Boston zu protestieren. Wenn das beleidigte Weltgewissen alle Verfolger zwänge, endlich die Freiheit der Meinung zu achten, dann würden Sacco und Vanzetti nicht vergeblich in den Tod gegangen sein.**

Paris, 25. August. (Radiomeldung.)

Am Mittwochabend kam es abermals zu Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern eines Umzuges, deren Zahl etwa 300 betrug, und der Polizei. Dabei fielen mehrere Schüsse. Ob Verletzungen vorkamen, konnte nicht ermittelt werden. Der Polizei gelang es, die Demonstranten nach einiger Zeit zu zerstreuen.

Protestkundgebung der Berliner Kommunisten.

Ausnahmsweise ruhiger Verlauf.

Berlin, 25. August. (Radiomeldung.)

Die Kommunisten veranstalteten am Mittwochabend in Berlin gemeinsam mit der Internationalen Arbeiterhilfe eine Protestkundgebung gegen die Ermordung Saccos und Vanzettis. An etwa 20 Sammelplätzen trafen die einzelnen Verbände zusammen und marschierten von dort zum Lustgarten. Der Aufmarsch der Züge dauerte über eine Stunde. Nach kurzen Ansprachen und **Gedenkfeiern für die beiden Hingerichteten** marschierten die Züge wieder in voller Ordnung ab. Die Polizei war sehr **zurückhaltend.** Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Das Hotel „Adlon", wo der Bürgermeister von Neuyork abgestiegen ist, und die amerikanische Botschaft waren wie an den Vortagen polizeilich geschützt. **Kleine Ansammlungen** vor den Gebäuden konnten leicht zerstreut werden.

Zusammenstoß vor dem amerikanischen Konsulat in Hamburg.

Hamburg, 25. August. (WTB.)

Zu einer **Protestkundgebung** gegen die Hinrichtung Saccos und Vanzettis hatten sich nachmittags auf dem **Heiligengeistfeld** etwa 1500 Personen eingefunden. Nach Schluß der Kundgebung versuchten verschiedentlich Gruppen von Demonstranten zum amerikanischen Konsulat vorzudringen, wurden jedoch von der **Polizei zerstreut.** Zwölf Personen wurden zwangsgestellt. **Zu einem weiteren Zusammenstoß kam es in Eimsbüttel,** als sich ein Zug von etwa hundert Kommunisten der Auflösung durch die Polizei widersetzte. Auch hier wurden die Demonstranten von der Polizei zerstreut. Zwangsgestellungen wurden nicht vorgenommen.

Internationale Pressekonferenz.

Der erste Tag.

Genf, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Mittwoch wurde in Genf in Gegenwart des Generalsekretärs des Völkerbundes die auf Beschluß des Völkerbundsrates einberufene „Internationale Pressekonferenz" eröffnet. Vertreten sind 39 Staaten — **darunter Amerika und Rußland** — mit rund 60 stimmberechtigten **Delegierten und ungefähr** ebensoviel technischen Beratern der einzelnen Delegationen. Die stimmberechtigten deutschen **Vertreter** sind: der Verlagsdirektor des „Berliner Tageblatt" **Dr. Karbe** für den „Verein deutscher Zeitungsverleger", **der Direktor des Wolffbureaus Dr. Mantler,** der Direktor der Telegraphen-Union Mejer und der Chefredakteur des „Soz. Pressedienst" Genosse Alfringhaus.

Die **Konferenz** tagt im Plenarsitzungssaal des **Völkerbundes.** Außer der Weltwirtschaftskonferenz sind in diesem Saal bisher nur Sitzungen des Völkerbundes selbst abgehalten worden. Die Entscheidung, für die Pressekonferenz ebenfalls den Plenarsaal zur Verfügung zu stellen, will man hier als Beweis der Hochachtung des Völkerbundes vor der internationalen Presse ausgelegt wissen. Tatsächlich lassen die Vorbereitungen der Konferenz nichts zu wünschen übrig.

Es ist trotzdem sehr fraglich, ob die Konferenz zu weittragenden positiven Beschlüssen führt, da für die Abstimmung die Geschäftsordnung des Völkerbundes gilt und alle vorliegenden Entschließungen nur als angenommen gelten, wenn sie in der Schlußabstimmung einstimmig verabschiedet werden.

Die Verhandlungen am Mittwoch zeigten bereits, daß diese Einstimmigkeit nur unter den schwierigsten Umständen zu erzielen sein wird. Nach der Eröffnung am Vormittag sowie einer außergewöhnlich langen und überflüssigen Diskussion über die Wahl des Präsidiums, insbesondere über seine Zusammensetzung, wurde am Nachmittag die Herabsetzung der Tarife für Presse-Telegramme und -Telephonate besprochen. Das Ergebnis der mehrstündigen Debatte war die grundsätzliche Anerkennung, daß Pressetelegramme und -telephonate überall unter Vorrang abzufertigen sind, und der Beschluß auf Herabsetzung der bestehenden Gebühr für alle Pressetelegramme bei Tag und Nacht um 50 Prozent. Diese Beschlüsse kamen nur mit Mehrheit gegen eine kleine Minderheit aus den Ueberseeländern zustande. Sie werden jetzt von einem Redaktionskomité bearbeitet und dürften nachdem in veränderter Form nochmals die Konferenz beschäftigen. Nächste Sitzung heute, Donnerstag, zehn Uhr.

Die politische Knebelung in Polen.

Warschau, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem bisher ausschließlich rechtsstehende Zeitungen Polens dem Pressedekret zum Opfer gefallen sind, ist nunmehr die sozialistische deutsche „Volkszeitung" in Lodz wegen eines Artikels über die Person des Marschalls Pilsudski beschlagnahmt worden. Außerdem ist am Mittwoch wiederum die „Gazeta Warszawska Poranna" wegen eines Artikels, in dem eine Untersuchung gegen die Offiziere verlangt wird, die General Zagurski auf seiner Reise von Wilna nach Warschau begleitet haben, der Beschlagnahme verfallen. In der Affäre Zagurski selbst ist bisher nichts Neues bekanntgeworden. Die Rechtspresse führt den Kampf um die Aufklärung des rätselhaften Verschwindens des Generals immer noch recht hartnäckig, während die der Regierung nahestehenden Zeitungen sich nunmehr über dieses Thema ausschweigen.

Keudells Verlegenheitsgestammel.

Auch eine Begründung des Reichsschulgesetzentwurfs

Endlich ist die Reichsregierung **mit der Begründung des Reichsschulgesetzes** herausgerückt — was das Reichsinnenministerium des Herrn von Keudell so Begründung nennt. **Eineinhalb Monate** sind inzwischen **verstrichen,** seitdem der Entwurf des Reichsschulgesetzes dem Reichsrat zugegangen ist. Die Begründung ist ebenso nichtssagend wie der Gesetzentwurf unmöglich ist.

Im Allgemeinen Teil **wird zunächst die Dringlichkeit des Gesetzes daraus hergeleitet,** daß **erst nach Verabschiedung des Reichsgesetzes die Länder auf Grund des Art. 146** der Reichsverfassung freie Hand erhalten, **den Anträgen der Erziehungsberechtigten auf Schaffung von Volksschulen ihres Bekenntnisses** und ihrer Weltanschauung Rechnung zu tragen. Die Tatsache, daß die Reichsverfassung die Bekenntnisschule nur als Ausnahme vorsieht, während der Entwurf des Reichsschulgesetzes die Bekenntnisschule als **Regelschule einführen will,** wird in der Begründung schamhaft verschwiegen. Entgegen der Wahrheit wird versichert, daß der Entwurf das Volksschulwesen der Länder vor Erschütterungen bewahren will. Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die **Beseitigung der Simultanschule** in verschiedenen Ländern des Reiches die tiefgreifendste Umgestaltung bedeuten und außergewöhnlich schwere Erschütterungen nach sich ziehen würde. Die heftig umstrittene Frage, ob der Gesetzentwurf **verfassungsändernd** ist, wird ebenfalls mit Stillschweigen übergangen.

Der Besondere Teil bringt Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen. **Was hier ausgeführt wird, ist außergewöhnlich** dürftig und nichtssagend. Der Begriff „bekenntnisfreie Schule" wird dahin gedeutet, daß darunter nicht nur die weltliche Schule, sondern auch eine Schule verstanden wird, an der eine **bestimmte dogmatische Weltanschauung besonders berücksichtigt wird.** Zum § 3 des Gesetzentwurfes wird erklärt, daß von den rund 62,4 Millionen Einwohnern etwa 60,2 Millionen Christen seien; infolgedessen müsse auch die Gemeinschaftsschule ihre Unterrichts- und Erziehungsarbeit auf **religiös-sittlicher Grundlage aufbauen** und „die vom Christentum beeinflußten Aeußerungen der deutschen Geistesgeschichte im Unterricht und in der Erziehung lebendig machen". Die Konfessionen reklamieren also kurzerhand alle Erziehungsberechtigten für ihr Bekenntnis, soweit sie noch nicht den offiziellen Schritt des Kirchenaustrittes vollzogen haben. Der bekenntnisfreien Schule, an der der Religionsunterricht nicht ordentliches Lehrfach ist, **wird zugestanden,** daß sie die allgemeinen Aufgaben der Volksschule ohne jede bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung auf allgemein sittlicher Grundlage zu erfüllen hat. **Aus der Begründung zum § 7 spricht klar** und deutlich **die Vaterschaft des Zentrums für den Gesetzentwurf.** Es wird ausdrücklich betont, daß ein Erziehungsberechtigter nicht nur eine Schule seines Bekenntnisses **beantragen kann,** denn sonst könnte ein evangelischer Vater ja sein Kind nicht katholisch erziehen lassen.

Nach der Begründung zu § 14 soll der Staat (gemeint ist das einzelne Land) vor dem Erlaß der Bestimmungen über Lehrplan, Lehr- und Lernbücher für den Religionsunterricht ein Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft herstellen. In den Erläuterungen zu § 20 **wird zugegeben, daß** die Bestimmung des Artikels 174 der Reichsverfassung, die bestehende Simultanschule „besonders zu berücksichtigen", den Fortbestand der Simultanschule „möglichst begünstigen" will. Der Gesetzentwurf sieht aber bekanntlich trotzdem die Abschaffung der Simultanschule vor und gewährt lediglich eine Sperrfrist von fünf Jahren. Auch über diesen zugegebenen Verstoß gegen eine Verfassungsbestimmung setzt sich die Begründung einfach hinweg.

Es hatte also schon seine Gründe, weshalb das Reichsinnenministerium solange mit der Veröffentlichung seiner Begründung zum Reichsschulgesetz zögerte. Angesichts der Dürftigkeit und Inhaltlosigkeit dieser sogenannten Begründung versteht man die Scham, die überwunden werden mußte, ehe Herr von Keudell und die Seinen mit diesem „Werk" an die Oeffentlichkeit zu treten wagten.

Protest der Leipziger Lehrer gegen den Schulgesetzentwurf.

In Leipzig veranstaltete der Leipziger Lehrerverein eine große öffentliche Kundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Nach eingehenden Referaten des demokratischen Reichstagsabgeordneten Rönneburg über „Reichsschulgesetzentwurf und Verfassung", des Sozialdemokraten Prof. Dr. Riemann über „Reichsschulgesetzentwurf und Geistesfreiheit" und des Schriftleiters der „Leipziger Lehrerzeitung" Barth über „Die finanziellen und pädagogischen Wirkungen des Reichsschulgesetzentwurfs", die starke Zustimmung fanden, faßte die außerordentlich eindrucksvoll verlaufene Versammlung nach einer längeren Aussprache, in der Vertreter der verschiedenen Parteien und der Elternschaft zur Sprache kamen, gegen ganz wenige Stimmen der Kommunisten eine Ent-

---

Proletarische Kultur?!

Von **Hugo Görsch.**

Im „Haus des Volkes" zu Probstzella. Hunderte von Arbeitern, Frauen und Kindern füllen den Festsaal. Die Raumkunst des Bauhauses Dessau (früher Weimar) hat schöne Schlichtheit gestaltet. Aber der an Werkbank geschraubte Mann, die an Sorge gefesselte Frau haben den Mut verloren, auch schlicht zu sein. Unechte Eleganz hängt wie Gelächter um sie herum.

Auf der Bühne junges Volk. „Morgenfeier!" Aber die Zuhörer kauen körperlich. Zwischen Woche und Sonntag kein Unterschied, es muß gefrühstückt sein. Die Kinofeiertagsseele erlaubt sich's während der Szene bedenkenlos.

Und es ist doch so mancherlei zu bedenken, im Kino und sonstwo. Lange vor Weltkrieg und Inflation wuchs „Der gespaltene Mensch". Kultur zerriß, weil sie kein Tempo halten konnte mit Wirtschaft und Geschichte. Die Schule lebte in Problemen, die ein Jahrhundert vorher Gegenwart waren. Den Schulentlassenen packte der Strudel des Tags. Unbekannt mit seinen Gefahren, schwamm er mit. So baut das jetzige Geschlecht auf Unausgeglichenem von gestern. Und in diesem Sinne gibt es „Proletarische Kultur".

Der Arbeiter braucht sich ihrer nicht zu schämen. Sie ist Erbgut wie anderes auch. Aber sie ist ebensowenig heilig. Nur da, wo innerer Geist und äußere Erscheinung Einklang haben, kann Kultur sein. Also: „Erkenne Dich selbst! Nimm Hilfe dazu, wo sie sich findet!"

Wesentlich ist Körperkultur. Am höchsten: Rhythmische Gymnastik. „Das verborgene Fünkchen ursprünglichen Menschentums, das in jedem glimmt", wird von hier aus Flamme. Bewußtsein von Sinnlosigkeit und Unwürdigkeit des heutigen Lebens erwacht. Abstand wird fühlbar zwischen dem Menschen, wie er sein könnte, und dem, wie naturwidrige Lebensordnung ihn gestaltet hat. (Dore Jakobs-Essen.)

Da ist er, der Menschenkreis im Uebungsdreß. Beine, Nacken, Arme frei. Am freiesten der Blick, der sonst am Nackten saugt. Kaum daß Worte fallen geben Töne einfachsten Schlagzeugs dem Bewegtsein Zeitmaß und Wegweisung. Die vom Einerlei der Fronarbeit verkrampften Gelenke lösen sich. Es ist, als ob Flügel wüchsen, und der sonst alles dem Verstand unterordnende Kopf tritt seine Herrschaft dem Schwingegefühl ab, das von der bisher so bescheidenen Knie zur Höhe steigt. Melodien werden wach. Die Arme bekommen Gehör und tanzen den Takt. Ab — auf — ab — zum Kreuz — nach vorn — nach oben — ab — und immer weiter und immer freier. Was nicht echt ist, das bricht den Rhythmus. Pose macht den Kenner lachen. So kehrt jeder bei sich, zu seiner Wahrhaftigkeit ein. Seine Sünden werden nicht vergeben. Er tilgt sie selbst mit Inbrunst, um frei zu werden zur Freiheit.

Wirst Du dann, wenn Du Kleidung wählst, das Muster von draußen nehmen oder von Dir drinnen? **Wirst Du dann,** wenn Du zur Seelenfeier geladen bist, Käsestullen enthüllen? Nein, denn Du brichst den Rhythmus, zu dem Du gekommen bist, Du gibst Dir Ohrfeigen in das eigene Antlitz. Und Du wirst Deinem Massengenossen nicht die Treue brechen, denn Du hast erkannt, daß er in Deinen Rhythmus hineingehört wie alles, was der Arbeit verfallen ist. Proletarische Kultur!

Griechische Ehrung für Wilhelm Müller. Wie die athenischen Blätter melden, wird die griechische Regierung anläßlich der am 30. September in Dessau stattfindenden Gedächtnisfeier für den philhellenischen Dichter Wilhelm Müller eine Gedenkplatte mit der Aufschrift: „Das dankbare Griechenland" nach Dessau senden.

Die sozialistischen Theologen zum Fall Sacco-Vanzetti. Die Vereinigung sozialistischer Theologen Deutschlands, die über 100 Geistliche zählt, hatte sich vor einigen Wochen an das Haupt der Stockholmer Weltkirchenkonferenz, den schwedischen Erzbischof Söderblom (Upsala), mit der Bitte gewandt, um des christlichen Gewissens willen die notwendigen Schritte bei der amerikanischen Regierung bzw. den amerikanischen Kirchenverbänden zur Rettung von Sacco und Vanzetti zu ergreifen. In einem jetzt eingelaufenen Schreiben betont der Erzbischof, daß er der Bitte nachgekommen sei und auch von sich aus gegen die Hinrichtung der Verurteilten bei den zuständigen amerikanischen Stellen — leider erfolglos — protestiert habe.

Mexikos Kathedrale, die größte und schönste Kirche auf dem amerikanischen Kontinent, ist ernstlich durch Bodensenkungen bedroht. Die riesigen Türme weisen bedrohliche Risse und Sprünge auf, die umgehende Stütz- und Ausbesserungsmaßnahmen erforderlich erscheinen lassen. Der wundervolle Bau, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts begonnen, aber erst im Jahre 1667 fertiggestellt wurde, erhebt sich auf dem Hauptplatze der Hauptstadt und ist auf den Trümmern der heiligen Pyramide der Azteca errichtet.

Eine deutsche Oper mit Jazzmusik. Eugen d'Albert hat eine neue Oper „Die schwarze Orchidee" komponiert, deren instrumentaler Teil für ein Jazz-Orchester geschaffen ist.

Wie Briand den Respekt seiner Wirtin verlor.

Briand soll eine große Angst vor Interviewern haben, behaupten die französischen Zeitungen. Die Reporter der Pariser Blätter sind jedoch ein höchst hartnäckiges Volk. Sie verfolgen ihr Opfer bis in den Frieden der Landeinsamkeit. So wurde vor kurzem Briand auf seinem normannischen Gut Coche elle überrascht. „Die Götter sind Zeugen," rief der Ministerpräsident entsetzt aus, „wie ich dagegen gekämpft habe." Es half ihm aber nichts; er mußte dem Interviewer sein Haus zeigen. So entstand ein reizvoller Artikel „Briand auf Sommerurlaub". Man erfährt daraus, daß der französische Ministerpräsident sehr anspruchslos ist und in einem kleinen Häuschen wohnt, dessen Räume nicht größer sind als die Kajüten eines Torpedobootes. Während des Frühstücks erzählte Briand dem Reporter, daß es ihm sechs Jahre lang gelungen sei, in dieser Landeinsamkeit sein Incognito zu wahren. Er wohnte bei seiner Wirtin als ein Herr Bertrand. „Es war eine wunderbare Zeit", erzählt Briand. „Ich ging auf die Jagd und genoß die vollkommene Einsamkeit. Eines schönen Tages erschienen bei meiner Wirtin mehrere Pariser und verlangten ein Frühstück. Meine Wirtin schlug es ihnen ab, darauf sagte einer: „Warum wollen Sie uns nicht servieren? Da sitzt ja auch der Minister Briand und frühstückt." — „Was für ein Minister," erwiderte die Wirtin. „Das ist kein Minister, sondern ein ehrlicher Mensch, den ich schon seit sechs Jahren kenne." Sie ließ sich auch nicht überzeugen. Die Pariser gingen daraufhin weg. Ein paar Wochen später erhielt meine Wirtin eine illustrierte Zeitschrift, in der ich auf der Terrasse ihres Hauses beim Frühstück photographiert war. Die Unterschrift lautete: „Minister Briand in der Sommerfrische." Seitdem ist mein Ansehen bei der Wirtin stark gesunken."

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Aus dem Bureau wird uns geschrieben: Die Tragödie „König Richard der Zweite", die für Halle als Erstaufführung am 2. September in Szene geht (Regie: Intendant W. Dietrich), behandelt den Kampf zwischen dem willensschwachen König, der die Herrschaft durch eigenes Verschulden entgleiten läßt, und dem staatsmännisch überlegenen Usurpator, der das Recht der Tat auf seiner Seite hat. Walter Hasenclevers Komödie „Ein besserer Herr", die das Schauspiel als zweite Eröffnungsvorstellung am 3. September herausbringt (Regie: Dr. Edgar Groß), ist eine Satire auf die Technisierung aller Gefühlswerte in unserer Zeit. Das Stadttheater beginnt die neue Spielzeit am 1. September mit einer Neueinstudierung von Wagners „Meistersinger". (Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band; Regie: August Roesler.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0002
DFG

schließung, die den Reichsschulgesetzentwurf als verfassungswidrig ablehnt, weil er gegen den Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung verstößt, weil er die Souveränität des Staates aufhebt und die Schule zertrümmert, dafür aber mit erhöhten Kosten minder leistungsfähige Schulen schaffen will. Die Versammlung forderte dafür die Gemeinschaftsschule, die im Geiste der Toleranz, auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes, zu größerer Einheit des Volkes helfen soll.

Reform des Parlamentarismus.

Heute Beginn der Interparlamentarischen Konferenz

Paris, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Heute, Donnerstag, vormittag wird die offizielle Tagung der Interparlamentarischen Konferenz durch den französischen Senatspräsidenten Doumer feierlich eröffnet werden. Im Anschluß an die Debatte findet die Berichterstattung statt. Der Bericht ist außerordentlich interessant und umfaßt drei Teile: 1. die politische Weltlage, 2. die Arbeiten der Interparlamentarischen Union seit der Konferenz von Washington, 3. den Bericht über die Amtsführung des Bureaus im letzten Jahre.

Der letzte Teil des Berichts ist der interessanteste. Der Berichterstatter wirft zuerst einen Blick auf die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart, die Arbeit und die Arbeitslosigkeit. Er weist auf die Gefahr des wirtschaftlichen Imperialismus hin und empfiehlt die Abschaffung der zu hohen Zollschranken und betont, daß zahlreiche Länder noch zu große Ausgaben für ihre Rüstungen machten. Nur durch strengen Verzicht auf alle unnötigen Ausgaben könne das Los der zukünftigen Generationen verbessert werden. Er kommt dann an die Finanzprobleme heran, wo zahlreiche Fortschritte zu verzeichnen seien. So sei die Reparationsfrage in durchaus zufriedenstellender Weise gelöst worden. (?) Dann wirft der Berichterstatter einen Blick auf die politischen Probleme der Gegenwart und beginnt hier mit der sogenannten „europäischen Hegemonie", um dann auf das Erwachen des Nationalismus in Amerika und Asien überzugehen; ebenso in der Betonung dieser europäischen imperialistischen Hegemonie wie in dem Erwachen des Nationalismus in Asien, Afrika und Amerika sieht der Berichterstatter eine Gefahr für die Zukunft. Ein Beispiel dafür habe man bereits in China, wo eine seit Jahren währende Kriegsherrschaft und ein Unbehagen in der Welt schaffe. Der Berichterstatter schlägt vor, diese Frage einmal dem Völkerbund vorzulegen. Glücklicherweise gäbe es aber nicht nur Krisen in der internationalen Politik. Im Gegensatz dazu sei z. B. der Vertrag von Locarno ein großer Erfolg in der Befriedung des europäischen Kontinents. Es sei das erste Mal, daß in der Geschichte der Krieg außerhalb des Gesetzes geistellt worden sei. Die sofortige Folge des Abschlusses des Locarnovertrags sei die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gewesen. Die moralische Entspannung habe sich sofort in den Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Nationen geäußert. Auf deutscher Seite erhoffe man noch andere greifbare Resultate in Form einer Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland. Die Erfüllung dieser Hoffnung werde ohne Zweifel zur Konsolidierung des Friedens in Europa beitragen.

Der Berichterstatter stellt dann mit Befriedigung die starke Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens fest, wenn auch noch hie und da chauvinistische Erklärungen mehr oder weniger verantwortlicher Politiker eine „Malserie" in die internationale Atmosphäre werfen. Aber auch in wirtschaftlicher Beziehung sei Europa noch nicht zu völligem Gleichgewicht gelangt. Ohne Zweifel gebe es kein Vollkommenes auf dieser Welt und der ewige Friede werde, wie bereits Leibniz sagte, nur auf dem Friedhof herrschen. Man müsse aber wünschen und zu erreichen suchen, daß die Opposition, wo sie zutage trete, oder Konflikte, wo sie entstehen sollten, durch im voraus vorbereitete Mittel friedlich und nicht durch Gewalt gelöst werden solle.

Einen großen Beitrag zu der wirtschaftlichen Verworrenheit Europas liefert nach Ansicht des Berichterstatters die Lage in Rußland, das sich absichtlich außerhalb der Weltordnung gestellt habe. Auch die Weigerung Rußlands, mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten, trage nicht dazu bei, den wirtschaftlichen Frieden in Europa herzustellen.

Im letzten Teil des Berichts befaßt sich der Berichterstatter mit der Krise des Parlamentarismus. Dieser sei in vielen Staaten derart kritisiert worden, daß er einer Diktatur Platz machen mußte, die in verschiedener Form in Russland oder Italien auftritt. Ueberall habe sie jegliche politische Opposition unterdrückt, was dem Prinzip des parlamentarischen Systems widerspräche. Dieser sehe in einer organisierten Opposition ein gesundes Element des öffentlichen Lebens. So beziehe z. B. in Kanada der Führer der Opposition ein regelmäßiges Gehalt von der Regierung. (!) Auch in anderen Ländern seien die Parlamente scharfen Kritiken ausgesetzt, und man frage sich, ob nicht gewisse Bedingungen für eine Reform des Parlamentarismus aufzustellen wären.

Zum Schluß schlägt der Berichterstatter vor, die Frage der Reform des Parlamentarismus der Konferenz von 1928 vorzulegen

Schlußdissonanz auf dem Minderheiten-Kongreß.

Die deutschen Minoritäten-Vertreter verlassen die Konferenz.

Genf, 25. August. (WTB.)

Der dritte europäische Nationalitätenkongreß beendete gestern abend seine Beratungen mit der Annahme einer Anzahl Resolutionen betreffend die Staatensouveränität und die Minderheitsrechte, die inner- und zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Nationalitäten, die Gefährdung des europäischen Friedens durch die nationale Unduldsamkeit, sowie betr. die Nationalitätenkunde. In einer besonderen Resolution wird an den Völkerbund appelliert, unverzüglich an die ernsthafte Behandlung des Minderheitenproblems heranzutreten. In der letzten Kongreßsitzung kam es zu einem lebhaften Zwischenfall, in dem einer der Führer der polnischen Minderheit in Deutschland namens dieser Gruppe sowie der übrigen nationalen Minderheiten Deutschlands erklärte, daß sich die Vertreter dieser Gruppen vorläufig vom Kongreß zurückzögen. Der Delegierte protestierte dagegen, daß der Kongreß auch in diesem Jahr die Friesen in Deutschland nicht zugelassen habe. Ferner behauptet er, daß auf dem Kongreß einseitige machtpolitische Tendenzen zur Geltung gelangt seien. Der Vertreter der dänischen Minderheit in Deutschland schloß sich dieser Erklärung an, worauf diese Gruppen zusammen mit den Vertretern der slawischen Minderheiten anderer Länder den Saal verließen. Der Präsident des Kongresses bedauerte das Vorgehen dieser Gruppen und erklärte, daß der Minderheitenkongreß für einseitige machtpolitische Bestrebungen keinesfalls mißbraucht werden solle. Er hoffe, daß es gelingen werde, später die aufgetauchten Schwierigkeiten zu überwinden. Der Kongreß beschloß, ein erweitertes Komitee einzusetzen, das für die nächstjährige Zusammenkunft einen Statuten-Entwurf des Verbandes der Minderheiten auszuarbeiten hätte, der auch die Grundsätze für die Aufnahme neuer Gruppen regeln soll.

Genf, 25. August. (Radiomeldung.)

In der Abendsitzung des Minderheitskongresses sprachen sich die Vertreter der jüdischen, deutschen, ungarischen und ukrainischen Gruppen mit allem Nachdruck gegen den schroffen Austritt der Minderheiten in Deutschland aus und versicherten dem Präsidenten Dr. Wilsan ihr absolutes Vertrauen.

Nach dieser Aussprache wurde die Erledigung der übrigen Tagesordnung schnell zu Ende geführt. Zur Statutenfrage teilte Dr. Wilsan mit, daß der Ausschuß ermächtigt worden sei, den Entwurf einer Nationalitätenverfassung auszubauen, in der neben dem Ausschuß noch ein besonderer Rat vorgesehen ist. Die Verfassung soll bis zu nächsten Kongreß für verbindlich erklärt werden können. Die übrigen Resolutionen wurden alsdann einstimmig angenommen. In der Resolution über Staatssouveränität und Minderheitenrecht wird erklärt, daß der Ausbau des Minderheitenrechtes und der nationalen Selbstverwaltung sich im vollen Einklang mit der Souveränität der Völkerbundsstaaten befindet. Die Resolution bezüglich der Bekämpfung der Intoleranz konstatiert, daß im Laufe des letzten Jahres eine starke Verschlechterung in der Lage der Minderheiten eintrat. Die Konferenz ersucht aus diesem Grunde den Völkerbund, an die Frage der Verwirklichung der in den Minderheitsverträgen verankerten Rechte heranzutreten und einen Schutz der heiligen Rechte des Volkstums herbeizuführen. Gegen Ende der Sitzung referierte sodann der ungarische Abgeordnete Flaghbarth über die Probleme der Minderheitenpresse. In einer amtlich verlesenen und einstimmig angenommenen Resolution wird die volle Abschaffung der Zensur, die volle Gleichberechtigung der Minderheitenpresse und die Verhandlung der Pressevergehen vor ordentlichen Gerichten gefordert und der Zusammenschluß der Minderheitsjournalisten angeregt.

Nach Wiederwahl des Präsidenten, des Ausschusses und des Generalsekretärs beendete der Präsident mit lebhaftem Dank für die von den Kongreßteilnehmern und seinen Helfern geleistete Arbeit die diesjährige Tagung um 9 Uhr abends.

Der ägyptische Domela.

Am Tage Rosenhügler, abends Prinz von Kurdistan.

Ein exotischer Hochstapler, der sich „Emir Mohammed Pascha al Raschid" nannte, wurde dieser Tage in Belgrad unter dem Verdacht der Hochstapelei festgenommen. Dem Erkennungsdienst der Berliner Kriminalpolizei, an die sich die Belgrader Behörden wandten, gelang jetzt die Entlarvung des Schwindlers. Seine letzte Gastrolle hat er in Berlin im Jahre 1925 gegeben, nachdem er vorher bereits die Polizei in Neuyork und London beschäftigt hatte. In Berlin spielte er damals die Rolle eines „Kronprinz von Kurdistan". In einer goldstrotzenden Phantasieuniform, bei der natürlich auch zahlreiche Orden und Ehrenzeichen nicht fehlten, verkehrte er in den besten Hotels der Reichshauptstadt. Kein Wunder, daß er leicht Eingang in die sogenannten besten Gesellschaftskreise fand. Als Aufgabe seiner Reise durch Europa bezeichnete er das Zustandebringen einer Filmexpedition. Unter diesem Vorwande wußte er sich verschiedene Vorschüsse zu verschaffen. Sein Treiben führte schließlich zu seiner Verhaftung. Dabei ergab sich, daß er im Jahre 1921 zusammen mit einer angeblichen Prinzessin „Fatimah" in Washington aufgetreten war. Bei der Abreise konnte das Paar jedoch seine Schulden nicht bezahlen, und Fatimah mußte einen riesigen Brillanten, den sie an einem Nasenring als Schmuck trug und der sicher falsch war, als Pfand zurücklassen. Fatimah ist seitdem spurlos verschwunden. Aber der „Prinz von Kurdistan" tauchte im März 1923 in London auf und mietete im Savoy-Hotel eine ganze Zimmerflucht. Der Sekretär, der angeblich Geld bringen sollte, blieb allerdings aus. Schließlich nahm sich die englische Polizei seiner an und stellte ihn als einen 28jährigen Aegypter fest, der tagsüber im Osten Londons bei Schneidern Hosenbügelte. Abends warf er sich dann in seine strahlende Uniform und entzückte die Damenwelt in den Dielen der großen Hotels. Seine Schwindeleien brachten ihm sechs Monate schweren Kerker ein. Nach Verbüßung der Strafe erschien er als „außerordentlicher Gesandter von Kurdistan" wieder in Neuyork, machte abermals bedeutende Schulden und saß darauf wieder einige Monate im Zuchthaus Sing-Sing. Alle diese Strafen hinderten nicht, daß ihm im März 1924 in Liverpool ein großer Empfang bereitet wurde. Nach einiger Zeit wurde er auch hier entlarvt und abgeschoben. Sein Berliner Gastspiel brachte ihm sieben Monate Gefängnis ein. Ehe er sie ganz verbüßt hatte, wurde er auch aus Deutschland abgeschoben. Die Kriminalbehörden forschen jetzt nach, wo sich der Hochstapler bis zu seinem Auftreten in Belgrad betätigt hat.

Neuyorks Oberbürgermeister in Berlin.

Neuyorks Oberbürgermeister „Jimmie" Walker ist am Mittwochmorgen mit seiner Gattin und mehreren Herren der Neuyorker Stadtverwaltung in Berlin eingetroffen. In Begleitung des amerikanischen Botschafters statteten die Neuyorker Gäste im Laufe des Vormittags dem Berliner Oberbürgermeister Boeß im Rathaus einen Besuch ab. Dabei äußerte Mister Walker den Wunsch, während seines Aufenthalts in der Reichshauptstadt vor allem zahlreiche städtische Einrichtungen kennenzulernen. Besonderes Interesse haben die Mitglieder der Neuyorker Stadtverwaltung für die neuen Volksparks und Sportplätze, die sie auf einer Rundfahrt besichtigten. Unter persönlicher Führung des Oberbürgermeisters besuchte Walker das große Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Außerdem wollen die Herren diejenigen Wohnviertel Berlins kennen lernen, in denen das Wohnungselend besonders sichtbar wird, da sie der Wohnungsfürsorge ihr besonderes Augenmerk schenken. Interessant war die Mitteilung, die der Neuyorker Oberbürgermeister bei dieser Gelegenheit seinen Berliner Kollegen machte: in Neuyork wird für Untergrundbahnbauten eine Anleihe von 300 Millionen Dollar und für den Bau von Krankenhäusern von 64 Millionen Dollar aufgenommen. Der Besuch der amerikanischen Gäste in Berlin erstreckt sich nur über drei Tage.

Der Hehler im Kleiderschrank.

In Deutsch-Krone (Grenzmark) und Umgebung wurden in letzter Zeit zahlreiche Einbrüche verübt. Die Polizei vermutete, daß die Beute nach Berlin geschafft wurde. Außerdem fiel den Landsägern auf, daß ein Mann aus Deutsch-Krone fortgesetzt Pakete nach Berlin schickte. Die fortgesetzten Beobachtungen ergaben, daß die Sendungen zum großen Teil an eine Familie Schmacklowski in der Langestraße in Berlin gingen. Als der Postbote hier wieder einmal Pakete abgeliefert hatte, drangen Kriminalbeamte in die Wohnung. Erst nach Drohungen wurde ihnen Einlaß gewährt. Die beiden anwesenden Frauen spielten die Harmlosen und wollten von keiner Sendung etwas wissen. Zwischen den Betten versteckt wurden jedoch zwei Pakete vorgefunden; eines enthielt Zigaretten, das andere goldene Uhren, Schmucksachen und Kleidungsstücke. Als die Beamten ihre Durchsuchung auf einen Kleiderschrank ausdehnten, entdeckten sie unter einem Haufen schmutziger Wäsche einen Mann, der sich zunächst Franz Friedemann nannte. Er wurde jedoch bald entlarvt als ein Litauer Simon Antoneitis, der am 22. Juni aus dem Untersuchungsgefängnis in Spandau entwichen ist.

Durchschwimmung des Frischen Haffs.

Königsberg, 25. August. (WTB.)

Wie die „Portungsche Zeitung" meldet, ist es gestern der 28jährigen Anni Wennell aus Tapiau, bekannt durch die Umschwimmung Helgolands, gelungen, das Frische Haff zu durchschwimmen. Sie startete 7.52 Uhr in Pillau und bestieg zwischen Patersort und Brandenburg in Höhe des Brandenburger Hafens um 17.13 Uhr wieder das Land. Die Schwimmzeit betrug demnach 9 Stunden 21 Minuten. Das Frische Haff ist an dieser breitesten Stelle von 20 Kilometern zum ersten Male durchschwommen worden.

Liebestragödie auf offener Straße.

In der nördlichen Friedrichstraße zu Berlin gegenüber dem Gebäude der ehemaligen Garde-Kaserne, spielte sich am Mittwochvormittag ein blutiges Liebesdrama ab. Der 40 Jahre alte Händler Gustav Teske überfiel seine frühere Braut, die 31 Jahre alte Kontoristin Minna Felgner, von hinten und brachte ihr nach einem kurzen Wortwechsel mit einem Rasiermesser schwere Verletzungen am Halse bei. Das Mädchen brach sofort bewußtlos zusammen und mußte in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Der Täter selbst versuchte zu fliehen, er wurde jedoch verfolgt. Als er sah, daß ein Entrinnen unmöglich war, schnitt er sich mit dem Rasiermesser die Halsschlagader durch, so daß der Tod in kurzer Zeit eintrat. Die Verlobung zwischen Teske und der Felgner war von dem Mädchen wegen der übergroßen Eifersucht des Mannes gelöst worden. Seitdem hatte das Mädchen keine Ruhe mehr vor den Verfolgungen des Verschmähten. Ganz besonders schlimm wurde es, nachdem das Mädchen eine neue Verlobung eingegangen war. Um den Nachstellungen ihres ersten Bräutigams zu entgehen, nahm sie außerhalb Berlins eine Stellung an. Aber auch das half ihr nichts, der Verfolger reiste ihr nach und drohte ihr ständig mit Ermordung. Nach der Rückkehr des Mädchens nach Berlin suchte er jetzt seine Drohung wahrzumachen.

Schweres Bootsunglück.

Zwei Tote.

Berlin, 25. August. (Privattelegramm.)

Der Finanzbeamte Lorenz unternahm zusammen mit dem Hutherrn Emil Nikolai gestern nachmittag eine Motorbootfahrt, an der auch die Frauen der genannten Herren teilnahmen. Durch unsachgemäßes Steuern geriet das Boot an der Schleuse in das wilde Wasser Freiarche. Als Lorenz trotz der starken Strömung das Boot an der Kai-Mauer der Schleuse anlegte und es verlassen wollte, um Schleusengeld zu zahlen, geriet das Boot ins Schwanken und kenterte. Alle vier Personen stürzten ins Wasser und wurden von der starken Strömung fortgerissen. Während es den beiden Männern gelang, sich durch Schwimmen zu retten, konnten die Frauen erst nach einiger Zeit von Schleusenbeamten aus dem Wasser gezogen werden. Bei Frau Nikolai konnte nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden, während Frau Lorenz noch schwache Lebenszeichen von sich gab, aber nach kurzer Zeit starb.

Englische Eisenbahnkatastrophe.

11 Tote, 50 Verletzte.

London, 25. August. (Radiomeldung.)

Am Mittwoch ereignete sich auf der Strecke London — Deal ein schweres Eisenbahnunglück. Eine halbe Stunde nach der Abfahrt von London entgleiste um 17.30 Uhr ein Zug. Dabei wurden 11 Personen getötet, 20 schwer und 30 leicht verletzt. Von den Schwerverletzten befinden sich viele in Lebensgefahr. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

60 000 Mark unterschlagen.

Auf dem Postamt 8 in der Französischen Straße in Berlin fiel am Montagabend dem 34 Jahre alten Postaushelfer Paul Wegener beim Sortieren der Sendungen ein Wertbrief in die Hände, in dem ein Großbank 60 000 Mk. in Tausendmarkscheinen nach Jena sandte. Der Wertbrief war allerdings nur mit 1000 Mark deklariert worden. In einem unbewachten Augenblick, wo Wegener allein war, unterschlug er den Brief und ergriff die Flucht. Der Diebstahl wurde bald darauf entdeckt. Wegener, der Kriegsbeschädigter und an einem Bein gelähmt ist, ist nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt, sondern hat Frau und Kinder zurückgelassen. Der Flüchtige war bereits seit sieben Jahren bei dem Postamt angestellt, ohne daß er sich je etwas hätte zuschulden kommen lassen.

Ein Sardinendampfer gesunken.

Südlich der Gironde-Mündung ist am Montagnachmittag ein französischer Sardinendampfer im Sturm untergegangen. Von der 11 Mann starken Besatzung konnten sich fünf durch Schwimmen retten, während die übrigen ertrunken sind.

Oestlich von Oeland (Schweden) traf der Stettiner Dampfer „Werner Kunstmann" ein kieloben treibendes Rettungsboot, mehrere Rettungsringe und Schiffstrümmer des schwedischen 2000-Tonnen-Dampfers „Nellie". Die Suche „Werner Kunstmanns" nach Schiffbrüchigen blieb ohne Erfolg. Es ist anzunehmen, daß der schwedische Dampfer mitsamt der Besatzung untergegangen ist.

150 000 Mark unterschlagen. Freiwillig gestellt hat sich am Mittwochvormittag in Berlin der 80 Jahre alte Kassierer Kurt Richter, der im Laufe von drei Jahren seiner Firma nicht weniger als 150 000 Mk. unterschlagen hat. Richter war 1912 als Lehrling bei der Firma eingetreten und genoß unbeschränktes Vertrauen. Die erste Veruntreuung beging er nach seiner Verheiratung, wo er 500 Mk. benötigte und sie der Kasse entnahm. Um das Geld zurückzuerstatten, versuchte er sein Glück auf der Rennbahn. Er verlor jedoch ständig und entnahm der Kasse immer weitere Beträge. Richter hat das Geld restlos in Rennwetten verspielt. Die Unterschlagungen wurden während des Sommerurlaubs des Kassierers bei einer Prüfung durch das Finanzamt entdeckt.

Severing eröffnet den Wahlkampf in Württemberg.

Stuttgart, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Karl Severing hat seine kurze Vortragsreise in Württemberg, die sich zu einem kleinen Triumphzuge gestaltete, beendet. Er hat in der kurzen Zeit in Anwesenheit von fast 20 000 Menschen in Schwaben gesprochen. Ueberall, wo er sprach, in Stuttgart, Heilbronn und anderen schwäbischen Orten, fand er überfüllte Versammlungen und aufmerksame Zuhörer, die seinen Ausführungen begeisterten Beifall spendeten. Er hielt mit den Deutschnationalen scharfe, aber sachliche Abrechnung, wobei er ihre Zwiespältigkeit seit Eintritt in die Regierung schonungslos bloßlegte. Was Severings Ausführungen besonders wirkungsvoll auf die Zuhörer, auch auf die zahlreich anwesenden Nichtsozialisten machte, war, daß der Redner vornehm über seine eigenen Leistungen hinwegging und in einer äußerst ruhigen Art ohne jede Demagogie sprach. Severing hat mit seiner Vortragsreise den Wahlkampf in Württemberg eröffnet, und zwar mit großem Geschick. Sein wohlgelungener Vorstoß nach Schwaben, bei dem er die etwas schwerfälligen Gemüter aufgerüttelt hat, wird bei den nächsten in Württemberg stattfindenden Wahlen im nächsten Jahre nicht ohne Wirkung bleiben. Die auf deutschnationaler Seite im stillen gehegte Hoffnung, die Macht noch weitere vier Jahre zu behalten, wird sich schwerlich erfüllen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Frauengruppe. Donnerstag, den 25. August: Fahrt nach Korbetha zum Treffen mit den Weißenfelser und Merseburger Genossinnen. Daselbst gemütliches Beisammensein. Abfahrt 18.31 Uhr, an Halle 1.18 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1,60 Mk. Alle Genossinnen, die ein paar frohe Stunden verleben wollen, kommen mit. Auch die Helferinnen der Arbeiter-Wohlfahrt sind freundlichst eingeladen. Treffpunkt 18.15 Uhr Hauptbahnhof.

SAJ. Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Internationale Gedenkfeier aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Sozialistischen Arbeiter-Jugend-Internationale. Musiker treffen sich pünktlich um 7 Uhr Zimmer 3. Am Sonntag findet eine Tagesfahrt nach Ziegelei Forsthaus statt. Treffpunkt 3/4 7 Uhr am Riebeckplatz.

Aus dem Bezirk

Merseburg. Ausflug der Frauengruppe. Donnerstag, den 25. August, abends 8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Groß-Corbetha einen Frauenwerbeabend. Ab 10 Uhr zwanglose Unterhaltung und Tänzchen. Um diese Werbeveranstaltung recht wirksam zu gestalten, werden die Genossinnen und auch die Genossen aus Merseburg um recht zahlreiche Beteiligung gebeten. Es beteiligen sich die Ortsgruppen der ganzen Umgebung. Abfahrt um 18.55 (6.55 Uhr). Fahrgeld hin und zurück 80 Pfg. Eintritt frei.

Sangerhausen. **Frauengruppe.** Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr: Frauenabend bei Genossen Hermann, Schulgasse. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Döllnitz. Sonnabend, den 27. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Bad“: Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Künne (Halle). Die Volksblattleser sind herzlichst eingeladen.

Corbetha. Sonnabend, den 27. August, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Delitzsch. Sonnabend, den 27. August: Veranstaltung in Laue. Kameraden nebst Angehörigen sammeln sich ½19 Uhr am Bahnübergang Dübener Straße.

Delitzsch. **Jungsozialisten.** Sonntag, 28. August, vorm. ½10 Uhr, im „Jugendheim“ Proletarische Morgenfeier anläßlich des 20jährigen Bestehens der Sozialistischen Jugendinternationale unter Mitwirkung der SAJ. Eintritt 30 Pfg. Alle Genossen und Genossinnen sind dazu eingeladen.

— Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, im „Jugendheim“, Kynaer Weg: 2 Vorträge von Parteisekretär Buhle über „Das kommunistische Manifest“.

Hettstedt. Sonnabend, den 27. August, abends 8 Uhr, im „Goldenen Stern“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Peters (Halle). Gäste willkommen.

Werbt neue Leser!

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer

Ortsgruppe Halle

In allen Abteilungen sind nunmehr umgehend alle Musikmarken durch die Unterkassierer abzurechnen. Von einigen Abteilungen sind die Leipziger Plaketten noch nicht voll abgerechnet, was unverzüglich geschehen muß.

2. Abteilung. Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schmelzers Höhe“, Eichendorffstr. 19 Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen zur Stelle sein.

4. Abteilung. Freitag, den 26. August 1927, abds. 8 Uhr, bei Kam. Schuftack Funktionärsitzung. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit ist es Pflicht aller Funktionäre, zu erscheinen.

Sonstige Vereine

Kleinkaliber-Schützenverein „Republik“ ✶ Halle-Saale
Geschäftsstelle Harz 42—44

Montag, den 29. August, abends pünktlich 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Harz 42/44: Mitglieder-Versammlung, wozu alle Mitglieder erscheinen müssen. Mitgliedskarte nicht vergessen. Vor Beginn der Versammlung Abrechnung der Bausteine mit dem Hauptkassierer.

Gaukartell Republik, Halle a. d. S. Von einigen Ortsvereinen steht die Beantwortung des am 22. Juli ergangenen Rundschreibens noch aus. Das Versäumte ist umgehend nachzuholen. Am Sonntag, 4. September, findet die Gründungsfeier und gleichzeitige Einweihungsfeier des neuerbauten Schießstandes des Ortsvereins Eisleben statt. Es wird erwartet, daß alle Ortsvereine zumindest durch eine Delegation vertreten sind. Dortselbst Ausschießen des Ehrenpreises der Stadt Eisleben. Der Gauschießwart.

Möbel

an Kreditwürdige
ohne Anzahlung

Bettstellen	Chaiselongues
Matratzen	Plüschsofas
Kleiderschränke	Korbmöbel
Küchenbüfetts	Trumeauspiegel
Flurgarderoben	Ausziehtische
Kinderwagen	Tische, Stühle
	usw. usw.

Federbetten
Ferner liefern wir mit geringer Anzahlung
Herren- und Damen-Garderobe

Durchgehend geöffnet! Durchgehend geöffnet!

Herm. Liebau

Halle a. d. S., Merseburger Str. 22
Telephon 28617 4348

Metropolis!

In dem Werk „Metropolis“ erreicht die bisherige deutsche Filmproduktion ihren Gipfelpunkt. ● So lange es eine deutsche Filmproduktion gibt, ist kein Werk geschaffen worden, das „Metropolis“ an äußerer Größe und innerer Kraft gleichkäme. ● Zwei Jahre angestrengtester Tätigkeit hat es bedurft, um dieses Werk hervorzubringen, das **alle Welt in Erstaunen** setzt. ● Th. von Harbou hat das Manuskript gedichtet. ● Wie kaum ein anderer Film wird „Metropolis“ die Gemüter in allen Schichten des Volkes leidenschaftlich erregen. ● Ueberall wird es heißen: **Diesen Film muß man gesehen haben.** Die Sprache der Bilder, die

der Regisseur Fritz Lang

ersonnen hat, ist eindringlicher als die Sprache von Worten. ● Es sind **Bilder von so eindrucksvoller Kraft** geschaffen worden, daß sie den Zuschauer wie mit Zangen fassen und sich seinem Gedächtnis unverlöschlich einprägen.

Und welches sind die Bilder, die sich vor unseren Augen in „Metropolis“ abrollen?

Eine Stadt höchster Industrialisierung mit himmelstürmenden Turmhäusern, etagenartig angeordneten Fahrstraßen — das unheimliche, alle menschlichen Vorstellungen übersteigende Getriebe in den Maschinensälen eines Industriewerkes — vernichtende Explosionen, Folge versagender Menschenkraft - Arbeiterbataillone, die mechanisch wie Gliederpuppen täglich ihrer Arbeitsstätte zuströmen — Feste voll märchenhafter Verschwendung — Versammlungen der Arbeiter in den Katakombengängen einer unterirdischen Stadt, der ekstatischen Rede einer Heilsverkünderin lauschend — die Erschaffung eines künstlichen Menschen — Revolution der Arbeiter, Zerstörung der Maschinen, aufbrechende Wasserströme, Versaufen der unterirdischen Stadt, Rettung unabsehbarer Kindermassen — und zahllose andere Bildszenen, alle

erfüllt von einer visionären Gestaltungskraft und einem atemraubenden Tempo.

Gottfried Huppertz hat die Musik dazu geschrieben.

In die Hauptrollen teilen sich:

Brigitte Helm, Alfred Abel Gustav Froehlich, Rudolf Klein-Rogge, Theodor Loos Fritz Rasp, Heinrich George.

Bedeutend verstärktes Orchester!

Am Dirigentenpult: Kapellmeister August Richter.

Erstaufführung morgen, Freitag, den 26. August:

Ufa-Theater Alte Promenade

infolge besonderer Vorstellungen Beginn der Vorstellung morgen, Freitag, 6.00 8.15 Uhr. An den übrigen Tagen sowie auch Sonntags 4.00 6.15 8.30 Uhr.

Ehren-, Vorzugs- und Freikarten ausnahmslos aufgehoben.

Schnellste Bezugsquelle
für Werke aus allen Wissensgebieten und der schönen Literatur
★
„Volksblatt“-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Arbeitsmarkt

Heimarbeiterinnen

für Mützen gesucht.
Heilbrun & Pinner
Geiststraße 22. 4592

Die schönsten Beine von Berlin
hat meine Freundin Evelin!
Sie sind so dünn, grad' an der Wade 'rum,
fass' ich mal hin, da lang ich grade 'rum!
Drum bleib ich treu der Evelin — Sie hat

Die schönsten Beine von Berlin

Der erste Ellen-Richter-Film der Ufa der neuen Produktion. Ein Spiel vom bunten Zauber der Revue, von hundert süßen Beinchen, von Herrn Aron und von

La bella Dolores mit Ellen Richter

Bruno Kastner, Dina Gralla, Teddy Bill - Regie: Dr. Willi Wolff

Im Film: Originalaufnahmen vor und hinter den Kulissen der Haller-Revue **„An und Aus“**

Dazu das glänzende Beiprogramm u. die Ufa-Wochenschau

Erstaufführung: Freitag, den 26. August 1927

Ufa-Theater Leipziger Straße

Beginn: Werktags 4 Uhr — Sonntags 3 Uhr

Walhalla.
Täglich 7 Uhr:
Paul Beckers
in seiner Glanzrolle!
Der Schusterprozeß
Burleske mit Musik in 3 Akten.

Alle Anzeigen finden im „Volksblatt“ guten Erfolg

Wittekind

Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr
(Bei ungünstiger Witterung im Saal)

Konzert

für die Pensionskasse des Hallischen Symphonie-Orchest.
auf **70 Musiker** verstärkt. 4595
Werke von Joh. Strauß unter Mitwirkung von **Anny Kunze** u. Fritz Heiße.
Leitung: Benno Plätz.
Vorverkauf 1 RM., Abendkasse 1,20 RM.

Volkspark.

Täglich:
Kräftigen Mittagstisch
zu 75 Pfennig. 3444

Jeden Dienstag und Freitag

Schlachtefest!

ff. Rot-, Leber- u. Schwartenwurst Pfd. 1,20
Hochfeine Knack- und Mettwurst . Pfd. 1,60
Prima Schlack- und Salamiwurst
Schinken und Schinkenspeck
Arthur Müller
● **Kleine Ulrichstraße 1** ●
Hausschlächterei mit elektrischem Betrieb
● Telephon2 5722 ●

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Merseburg.

Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Restaurant „Tivoli“:

Außerordentliche

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
Verbandsangelegenheiten.

Der Wichtigkeit halber wird um vollzähliges Erscheinen ersucht. 7473

Mitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Schlafzimmer

auf
Teilzahlung!
Große Auswahl! Billig. Preise!
Anzahlung **100,— Mk.**
Monatsrate **50,— Mk.**
Eichmann & Co.
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr.
51

Tierasyl des Tierschutzvereins.
Feldstraße 13 Fernsprecher 23818.
Pension für Hunde und Katzen.
Reinig. u. Baden in neueingerichtet. Baderaum m. elektr. Trocknung
Sachgemäßes Scheren. — Pflege und Behandlung kranker Tiere, 4612

Unseren Riesenumsatz

verdanken wir unserer

Qualitätsware!

Aus Freitag eintreffenden Kühlwaggons

4619

Gr. Ulrichstraße 58 u. Reileck.

Seelachs ohne Kopf	Pfd.	25 ₰
Kabeljau ohne Kopf	Pfd.	40 ₰
Goldbarsch ohne Kopf	Pfd.	40 ₰
Bratschollen	Pfd.	35 ₰
Bratschellfisch (Merlan)	Pfd.	25 ₰
Echte Makrelen	Pfd.	45 ₰
Karbonaden bratfertig	Pfd.	55 ₰
Seelachsfilet ohne Haut und Gräten	Pfd.	45 ₰

Täglich frische Räucherwaren

Bücklinge

selten fett und zart.

ff. geräucherte Elbaale
ebenfalls hochfein.

2 Waggons neue Vollheringe
Stück 9 12 und 15 ₰

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. August 1927.

Der Eid.

Schopenhauer hat den Eid die metaphysische Eselsbrücke der Juristen genannt. Bentham hat den Satz geprägt: „Bei einem erfahrenen Richter hat der Eid nicht die geringste Glaubwürdigkeit, er hat ihn zu oft durch die Lüge entweihen sehen." Die Literatur kennt das Versagen des Eides zur Sicherung wahrheitsgemäßer Aussagen längst. Aber die Juristen?

Ein namhafter Jurist, Oberlandesgerichtsrat Kloß, hat zur Zeit, als er noch Staatsanwalt in Halle war, alle Fälle aufgezeichnet, in denen solche Widersprüche von Zeugenaussagen mit den Aussagen von anderen Zeugen oder mit anderen Beweismitteln vorkamen, daß man zur Erklärung für diesen Widerspruch seiner Ueberzeugung nach nur bewußte Unwahrhaftigkeit annehmen könnte. Auf Grund dieser Aufzeichnungen ist er zu dem Schluß gekommen, daß in dem fraglichen Jahr in Deutschland wahrscheinlich rund 42 000 Meineide geleistet worden sind. Man hätte in rasendem Tempo Zuchthäuser bauen müssen, wenn diese 42 000 Meineide strafrechtlich verfolgt worden wären. Im gleichen Jahr sind jedoch nur 525 Verurteilungen wegen Meineides erfolgt.

Eine niederschmetternde Statistik! Sie ergibt nicht nur, daß der Eid als Mittel, wahrheitsgemäße Aussagen zu erzielen, versagt, sie zeigt zugleich, daß jede Verurteilung wegen Meineides eine schreiende Ungerechtigkeit in sich birgt. Jeder der Verurteilten — sei er auch zu Recht verurteilt — wird sagen: Warum gerade ich von zehntausenden, die nicht verfolgt und verurteilt werden? Der Eid mag ein gutes Mittel zur Beruhigung des Gewissens der Richter sein, aber zugleich ein Mittel zur Beunruhigung der Oeffentlichkeit über die Justiz. Schlußfolgerung: Die Eidesgesetzgebung muß geändert werden.

Gattenmörder Becker in der Tschechoslowakei

Die von ihrem Ehemann auf offener Straße niedergeschossene Frau Becker ist gestern mittag unter starker Beteiligung begraben worden. Ort und Stunde des Begräbnisses waren geheimgehalten worden. Den eifrigen Bemühungen der hallischen Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, festzustellen, daß Becker am 18. August, also bereits zwei Tage nach der Mutat, bei Bärenstein die Grenze nach der Tschechoslowakei überschritten hat. Da er perfekt russisch spricht, wird er zweifellos versuchen, von der Tschechei nach Sowjetrußland zu gelangen, wo er sich während des Krieges als Kriegsdienstverweigerer aufgehalten hat. Wie wir inzwischen einwandfrei festgestellt haben, bleibt die Hauptschuld an dem blutigen Ausgang der Ehekatastrophe an der getöteten Ehefrau hängen, denn sie hat erwiesenermaßen nicht nur Ehebruch getrieben, sondern wurde auch der versuchten Atreibung überführt. Ihr Liebhaber, ein Arzt Dr. Brasch, ist flüchtig. Den Bemühungen des Ehemannes auf Wiederherstellung eines geordneten Familienlebens wurde andauernder, von der Mutter geförderter Widerstand entgegengesetzt. Es erscheint uns daher nicht verständlich, warum Becker dann überhaupt geflohen ist.

Von der Tomate

Die Tomate ist nach der Feststellung aller Wissenschaftler wohl mit die vitaminreichste Frucht, die überhaupt existiert. Merkwürdig (und bisher noch nicht vollwissenschaftlich begründet, wenn auch einwandfrei durch Experimente festgestellt) ist die Tatsache, daß der Vitamingehalt der Tomate vor allem in ganz hervorragender Weise auf die Funktion der inneren Drüsen des menschlichen Körpers wirkt. Ferner enthält die Tomate einen außerordentlich beträchtlichen Prozentsatz an radioaktiven Stoffen. Diesen Eigenschaften ist wohl vor allem der seltsame Einfluß des Tomatengenusses auf den äußerlichen Menschen zuzuschreiben. Der Tomatengenuß soll die Haut des Menschen ganz besonders zart, fleckenfrei und sammetweich wie reifer Pfirsich gestalten. Es gibt Nahrungsmittelforscher, welche die Tomate direkt als „Schönheitsmittel" bezeichnen. Es ist aber festgestellt, daß alle diese so ganz besonders wertvollen Stoffe sich nur in einem verhältnismäßig geringen Maße bilden, wenn die Tomate in unreifem Zustande von dem Strauche gepflückt wird und erst allmählich durch Lagern zur Nachreife gelangt. Der Wert ihres Gehaltes (vor allen Dingen aber auch schon ihres Geschmackes) ist bedeutend höher, wenn die am Strauche gereifte Frucht gegessen wird.

Unkenntnis über die heimische Vogelwelt.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Trotz aller Bemühungen der Schulen, der naturkundlichen und Naturschutzvereine ist die Kenntnis unserer heimischen Vögel in den weitesten Kreisen unseres Volkes doch noch recht gering. Das beweisen am besten die vielen, oft auf erschreckender Unkenntnis beruhenden Einsendungen von erbeuteten Tieren an zoologische Gärten, Ausstopfer und Museen und viele Berichte in den Tageszeitungen. Die Tierwelt unserer Heimat ist durch die fortschreitende Kultur und durch die Verständnislosigkeit vieler Menschen stark gefährdet. Viele Arten stehen dicht vor dem endgültigen Verschwinden aus dem heimatlichen Landschaftsbild. Die wichtigste Gegenmaßnahme ist vor allen Dingen Aufklärung und Belehrung, die nicht reichlich genug betrieben werden kann, denn wer die Tiere und ihre Lebensbedürfnisse nicht kennt, von dem kann man ihren Schutz und ihre Erhaltung nicht erwarten.

Die Direktion des Zoologischen Garten in Halle steht, wie sie bei Presseführungen in Halle stets betonte, zur Beratung immer zur Verfügung. Der Zoologische Garten hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, neben der Haltung interessanter ausländischer Tiere in erster Linie die einheimischen Wirbeltiere in möglichster Vollständigkeit und mit guten Erklärungen über ihr Leben und ihre wirtschaftliche Bedeutung den Besuchern darzustellen. Um das Interesse besonders anzuregen, sind auch neue Wege versucht worden. So werden z. B. die einheimischen Vögel nicht in Einzelkäfigen gezeigt, sondern in lebensnahen Gruppen, so daß etwa die Vögel der Heide, des Feldes oder des Sumpfes oder Gebirges in einer Lebensgemeinschaft zusammengestellt werden und in einem Käfig zusammengebracht werden, der wie ein Ausschnitt aus ihrer heimatlichen Landschaft eingerichtet ist. Es wird dem Beschauer so nicht nur ein sehr lebendiges Bild vermittelt, sondern auch gleich der Eindruck des natürlichen Aufenthaltes und der Lebensweise dieser Arten. Z. B. kann man im hallischen Zoo jetzt den Kuckuck oder die scheuen Drosselarten, die sehr versteckt lebenden Sumpfhühnchen, den Wachtelkönig, die Eulen, die Kolkraben und ebenfalls den Frischotter, Fuchs, Dachs und Wiesel und vieles andere Getier unserer Heimat, das gewöhnlich nur dem Namen nach bekannt ist, beobachten.

Das kommende Fünfmarkstück. Wie mitgeteilt wird, ist jetzt die „Bekanntmachung über die Ausprägung von Silbermünzen im Nennbetrage von fünf Reichsmark" ergangen, so daß die Münzen in absehbarer Zeit in den Verkehr gelangen dürften. Die Münzen, die einen Durchmesser von 36 Millimeter und ein Gewicht von 25 Gramm erhalten werden, tragen auf der Schauseite einen Eichbaum und auf der Wappenseite den Reichsadler.

Hausfrauenferien!

Ach, das bißchen Haushalt! Da soll es auch noch Ferien geben? So höre ich die Herren der Schöpfung sprechen, wenn sie die „provokatorische Ueberschrift" gelesen haben werden.

Das bißchen Haushalt machen ja viele berufstätige Frauen so nebenbeil Daran kann man doch erkennen, daß die Haushaltsarbeit eigentlich nicht den Namen Arbeit verdient!

Die so reden, möchte ich immer gerne nur eine einzige Woche — in die aber der Waschtag fallen muß! — diese „Nebenbei-Arbeit" verrichten lassen. Oh, Himmel, nach der Woche möchte ich in den Haushalt nicht hineinsehen!

Ja, das ist eben keine Männerarbeit! Nun, gut, ist es aber darum überhaupt nichts, weil „er" kein Geschick dazu hat?

Wollen wir gerecht sein, wollen wir einmal von dem Kothurn unserer „Männerwürde" herabsteigen und uns in die Lage einer Hausmutter versetzen, die nicht nur ihren Eheherrn, sondern auch mehrere Kinder zu versorgen hat.

Meint ihr, daß sie nichts sind, die hundert mühseligen Kleinigkeiten, die es Tag um Tag, Woche um Woche zu erledigen gibt?

Glaubt ihr wirklich, daß es nichts ist, ein Kind unter dem Herzen zu tragen und dennoch zu arbeiten von früh bis spät in Küche und Keller, an Waschfaß und Nähmaschine, mit Scheuerlappen und Stopfnadel?

Seid ihr nicht ehrlich genug, einzugestehen, daß die Arbeitsleistung einer Frau, die als Mutter mehrerer Kinder zur Fabrik gehen oder in fremder Leute Häuser schuften muß, der euren oft genug weit, weit überlegen ist?

Und ihr murrt trotzdem, wenn nicht alles am Schnürchen klappt, wenn ihr, die Männer, „müde und abgespannt" nach Hause kommt?

Mich bedünkt, daß die

Arbeitsleistung unserer Frauen und Mütter bei weitem nicht genug gewürdigt

wird. Die Arbeiter sollten doch als der geplagte und ausgebeutete Teil der Gesellschaft ihren Frauen gegenüber gerecht sein und deren heute noch leider in vielen, vielen Fällen trauriges Los zu verbessern trachten, indem sie selbst den Anfang machen, die Hausfrau als Arbeiterin auch ihres Lohnes für wert zu halten.

Und dazu gehört, daß die Hausfrau, und erst recht die Hausmutter, ihre Ferien bekommt wie jeder arbeitende Mensch heutigen Tags.

Ja, die „Damen", die durch ihre winterlichen, gesellschaftlichen „Anstrengungen" ermüdet sind, die reisen ins Gebirge und an die See, um sich zu stärken für neue Strapazen. Kinder kriegen ist ein überwundener Standpunkt für diese Leute. Dazu ist „das Volk" da.

Unsere Arbeiterfrauen — von diesen nun ist hier die Rede —, die keine Zeit haben, das Jahr über ihre „Nervosität" beim Spezialisten" kurieren zu lassen, die immer „auf dem Damm" sein müssen, die treppauf, treppab laufen, am Waschfaß stehen, gegen Schmutz und Verwahrlosung kämpfen müssen, diese Frauen kennen keine Ferien. Mühe und Kummer, ein ewiges Lastentragen ist ihr Teil!

Und wie notwendig braucht gerade der in täglicher Fron schwitzende Mensch den farbigen Schmuck fröhlicher Erlebnisse, die ihn neu mit Kraft füllen für seinen schweren Beruf.

Freilich, die Hausfrauenferien sind im Grund ein soziales Problem. In unserer kapitalistischen Gesellschaft, der der Mensch Ware ist, fragt man nicht nach den Bedürfnissen der arbeitenden, Werte schaffenden Menschheit! Erst in einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung, für die die Sozialisten kämpfen, wird auch der Hausfrau ihr volles Recht werden. Ihre Arbeit im Haus wird dann erst dieselbe Achtung genießen, wie die eines jeden Arbeiters im Betrieb.

Aber, ich glaube, auch heute schon läßt sich bei gutem Willen manches, vieles bessern. Was die Ferien der Hausfrau anbelangt, so genügt dazu der gute Wille des Mannes in vielen Fällen.

Wie die Arbeiterschaft in der Arbeiterwohlfahrt sich die Selbsthilfeeinrichtung geschaffen hat, die es ermöglicht, auch heute schon manches zu leisten, was sonst unmöglich schien, so werden sich auch Mittel finden lassen, die die Ferien der Hausfrau von einem frommen Wunsch zu einer schönen Tat werden lassen. Der gute Wille versetzt auch hier Berge.

Also: Her mit den Hausfrauenferien!

Sonderzugfahrt nach Rügen.

Gewissermaßen als guten Abschluß der diesjährigen Sommersonderzugfahrten veranstaltet das Reichsbahnverkehrsamt Halle eine mehrtägige Fahrt nach Deutschlands größter und wohl auch schönster Insel Rügen. Saßnitz, das in der Hauptreisezeit nur von besonders Zahlungsfähigen besuchte, herrlich gelegene Ostseebad, ist das Ziel der vom 4. bis 7. September während den Spätsommerreise. Während des dreitägigen Aufenthaltes auf dem schönen Eiland sind von den dortigen Fremdenverkehrsvereinen allerlei Veranstaltungen, wie eine große Dampferfahrt nach dem Luxusbadeorte Binz, dem Greifswalder Bodden, dem Königstuhl u. a. geplant. Wer sichs außerdem leisten kann, für den bietet sich eine günstige Gelegenheit zu einer „Ueberseefahrt" nach Südschweden oder der nahegelegenen dänischen Insel Bornholm, die in letzter Zeit stark besucht wird. Der sehr erhebliche ermäßigte Fahrpreis beträgt für die Hin- und Rückfahrt 20,40 Mark, außerdem sind Zusatzkarten für Verpflegung und Uebernachtung an den Fahrkarten-Ausgabestellen zu haben. Nach glaubwürdigen Versicherungen der Veranstalter der Sonderzugfahrt hat Rügen sich bis jetzt des schönsten Wetters zu erfreuen gehabt, und es ist zu erwarten, daß die Sonne (für uns geplagten Hallenser ein beinahe unbekannter Begriff) weiter scheint. Wer die schönen Fahrten nach Kassel, ins Erzgebirge und nach dem Spreewald mitgemacht hat, wird, wenn er es nur irgend möglich machen kann, mit der Rügenfahrt seine diesjährige „Saison" abschließen. Wir raten jedem.

Warnung vor Grundstückskäufen.

In der Tagespresse ist mehrfach darüber berichtet worden, daß beim Erwerb von Grundstücken zum Zwecke der Bebauung den Käufern nachträglich Schwierigkeiten entstanden sind, so daß sie nicht an der erhofften Wohnung kamen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst betont müssen die Käufer neuparzellierten Geländes zum Zwecke der Bebauung zur äußersten Vorsicht ermahnt werden. Vor allen Dingen ist die Feststellung notwendig, ob für das von den Siedlern zu bebauende Gelände bereits ein amtlicher Bebauungsplan vorliegt, wodurch die örtlichen Gesamtinteressen für die künftige Bebauung festgelegt sind. Ohne diese Gewißheit kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, einen Geländekauf vorzunehmen. Die zuständigen Behörden geben endgültige Auskunft über die Bebauungsplanverhältnisse. Für Schäden, die Leichtgläubigen, von Bodenspekulanten irregeführten Siedlern etwa entstehen, können naturgemäß die Behörden nicht aufkommen.

Merkwürdiges von der Straßenbahn.

Man schreibt uns: Im Laufe des Dienstag nachmittags verunglückte ein bei den Gleisarbeiten in der Poststraße beschäftigter Arbeiter derart, daß er, nachdem die erste ärztliche Hilfe zugezogen wurde, dem Krankenhaus überführt werden mußte. Ein dem Betriebsrat der Straßenbahn angehöriger Arbeiter leistete dem Verunglückten die erste Hilfe indem er ihn als einzigster zum Arzt und später zum Krankenhaus brachte. Für diese Erfüllung einer Menschenpflicht wurde ihm von seinem Vorarbeiter Hermann Dietrich bei seiner Rückkehr die Mitteilung gemacht, daß ihm eine Stunde vom Lohn abgezogen werden müßte, weil er die Arbeitsstelle unerlaubt verlassen hätte. Der Unfall ginge ihm garnichts an. Dasselbe teilte ihm auch der Bahnmeister Belzer mit. Es ist doch ein kaum haltbarer Zustand, Arbeitern wegen Hilfeleistung für einen Verunglückten den Lohn zu kürzen. Unser Gewährsmann empfiehlt dem Herrn Bahnmeister, sich um seine Arbeit selbst intensiver zu bekümmern und mit dazu beizutragen, daß bei den Streckenarbeiten nicht soviel unnütze Arbeit geleistet wird, die der Straßenbahn große Verluste bringen. Da kommt es nicht auf Stunden an. — Im übrigen fragen wir die Direktion, warum an der Unglücksstelle kein Verbandszeug vorhanden war, wie es die Unfallverhütungsvorschriften verlangen.

Nachtspaziergang in den Pulverweiden.

Der am Mittwoch in früher Morgenstunde an den Pulverweiden mit einer schweren Schußverletzung am Kopf betroffene Mann ist inzwischen als der 23jährige beschäftigungslose Chauffeur Oskar Wolf festgestellt. Sein Befinden ist noch ernst, doch war er zeitweilig schon bei Besinnung. Dabei gab er an, in der Nacht von Erfurt gekommen zu sein, um mit einem Frühzuge nach Berlin weiterzufahren. In der Stadt sei er mit einem Mädchen bekannt geworden, mit dem er spazieren gegangen sei. In den Pulverweiden, als sich das Mädchen schon von ihm entfernt hatte, sei plötzlich ein Schuß gefallen und er darauf zusammengebrochen. Weitere Fragen ließ er unbeantwortet.

Von dem Pförtner der Gasanstalt ist um 4.20 Uhr ein einzelner Schuß, anscheinend in nicht zu weiter Entfernung abgegeben, gehört worden. Da er weder einen Aufschrei gehört, noch sonst Auffälliges bemerkt, habe er diesem keine Bedeutung beigelegt. Erst gegen 5.30 Uhr früh ist Wolf dann von Arbeitern nicht weit von der Gasanstalt liegend betroffen worden. Auffallenderweise hat er diesen auf teilnehmende Fragen, was ihm fehle, gesagt, er sei gefallen, könne nicht gehen, sie möchten ihn zum Arzt bringen. Mit Unterstützung konnte der Verletzte dann nach der Polizeiwache in die Glaucharer Straße gehen.

Der Sachverhalt ist noch nicht geklärt. Der ärztliche Befund der Einschußstelle läßt den Schluß zu, daß der Schuß aus allernächster Nähe abgefeuert worden ist. Wer irgendwelche sachdienliche Angaben machen kann, insbesondere das eben erwähnte Mädchen, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei als Zeuge zu melden.

„Siesta" wird abgeschafft. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird den Vertrag mit der „Siesta"-Gesellschaft zum 1. Oktober 1928 kündigen. Begründet wird die Maßnahme damit, daß viele Reisende, die früher 2. Klasse gefahren sind, und die es sich auch jetzt schon wieder leisten können, 3. Klasse fahren und sich einen Siesta-Sitz mit ins Kupee nehmen, wodurch die Eisenbahn geschädigt werde. Die „Siesta" liefert bekanntlich den Reisenden 3. Klasse bequeme Polstersitze, die vor allem für große Ausflugsgesellschaften und Nachtfahrten willkommene Annehmlichkeiten bieten.

Nicht Zersplitterung — Zusammenfassung der Kräfte. Die Presse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine behandelte kürzlich in einem besonderen Artikel den Rechenschaftsbericht der Volksfürsorge über das Geschäftsjahr 1926 und bemerkte zum Schluß ganz treffend: Die Entwicklung der Volksfürsorge im Jahre 1926 ist als durchaus günstig zu bezeichnen; es besteht heute schon die sichere Aussicht, daß die Ergebnisse des laufenden Jahres noch besser werden. Allen Widerständen zum Trotz hat sich die Volksfürsorge zu einem großen, leistungsfähigen Unternehmen entwickeln können. Ihre Erfolge würden noch weit größer sein, wenn nicht eine unverständliche Eigenbrötelei die Entstehung neuer und das Fortbestehen alter, wegen ihrer geringen Mitgliederzahl leistungsunfähiger Sterbekassen usw. möglich machte. Wir können uns keine Kräftezersplitterung mehr leisten, wir müssen nach Vereinheitlichung und Zusammenfassung streben, damit es weiter und rascher mit unserer Bewegung vorwärtsgeht.

Die Gefahren der Großstadtstraße. In der Magdeburger Straße wurde ein Mann von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Verunglückte, welcher eine Verletzung am Kopf davontrug, wurde in bewußtlosem Zustande der Universitätsklinik zugeführt. — In der Magdeburger Straße (Ecke Hagenstraße) wurde ein Radfahrer von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. — Auf dem Radfahrerweg in der Trotharer Straße wurde ein Mann von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Angefahrene, welcher erhebliche Verletzungen davontrug, mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Sozialistischen Jugend-Internationale veranstaltet die Sozialistische Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Halle, am Freitag, dem 26. August 1927, abends 8 Uhr, im „Volkspark" eine

Gedenkfeier

zu der die Eltern- und Parteigenossenschaft eingeladen ist.

Eintritt frei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0005

Der Sieg des Gemeinschaftswillens!

Der Zschornewitzer „Kinderfreunde"-Gruppe Aufenthalt in der Kinderrepublik Seekamp (Kiel).

Aus den Gerichtssälen.

Nächtliches Hundegebell.

Wer ist nicht schon durch Hundgebell in seiner Nachtruhe gestört und hat Beschwerde erhoben bei dem Besitzer des Köters, lediglich mit dem Erfolg, daß er ein paar mehr oder weniger hahnebüchene Grobheiten erntete. Da ist es denn immer tröstlich, von Zeit zu Zeit zu hören, daß ein Gericht sich der geplagten Bürger annimmt und die jeweils höchste Instanz dieses Urteil bestätigt. So hatten sich vor einiger Zeit die Nachbarn eines Berliner Rechtsanwalts bei der Polizei darüber beklagt, daß dessen Hund durch anhaltendes Bellen und Heulen die nächtliche Ruhe störe. Der Rechtsanwalt erhielt daraufhin eine polizeiliche Strafverfügung, die er indes beanstandete. Die von ihm beantragte gerichtliche Entscheidung fiel jedoch zu seinen Ungunsten aus. Das Amtsgericht verurteilte ihn auf Grund einer Polizeiverordnung zu einer Geldstrafe. Aber auch diese Entscheidung focht der Rechtsanwalt an, und zwar durch Revision beim Kammergericht. Dieses wies indessen die Revision als unbegründet zurück mit der Maßgabe, daß die Verurteilung des Angeklagten aus § 360 (11) der Strafgesetzbücher zu erfolgen habe, wonach sich strafbar mache, wer ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm errege. Der Angeklagte sei befugt gewesen, einen Wachhund im Hause zu halten, er mußte ihn aber derart unterbringen, daß die nächtliche Ruhe nicht gestört wurde. Diese Pflicht habe er aber außer acht gelassen.

Autounfall durch unterlassene Warnungssignale.

Auf einer Fahrt von Kiel über Plön nach Lübeck am 11. März 1924 hatte der Personenkraftwagen des Kaufmanns L. in Kiel einen Motorschaden. Während der Führer des Wagens, der Maschinist B., mit der Beseitigung der Störung beschäftigt war, fuhr aus entgegengesetzter Richtung ohne Warnungszeichen abzugeben ein Lastkraftwagen des Konsumvereins Lübeck so dicht an dem stehenden Wagen vorbei, daß er den B. erfaßte und überfuhr. — Für die Folgen dieses Unfalls nimmt B. den Führer des Lastkraftwagens im Wege der Klage in Anspruch. Nachdem das Landgericht die Klage abgewiesen, hat das Oberlandesgericht Kiel das verlangte Schmerzensgeld von 1000 Mk. zugesprochen, sowie die Feststellung getroffen, daß der Beklagte dem Kläger für allen weitergehenden Schaden ersatzpflichtig ist. Außerdem wurde der Anspruch auf entgangenes Einkommen für die Zeit bis zur Klageerhebung dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Dieses Urteil ist vom 6. Zivilsenat des Reichsgerichts bestätigt worden. Mit folgenden Entscheidungsgründen: Nach den tatsächlichen Feststellungen hat der Kläger infolge des Motorgeräusches des eigenen Wagens beim Herumgehen um denselben das Herannahen des Lastkraftwagens überhört, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn der Beklagte ein Warnungssignal abgegeben hätte. In dem Unterlassen des Warnungssignals findet das OLG. einen Verstoß gegen § 19 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 und damit zugleich ein Verschulden im Sinne des § 823 BGB. und eine Haftungsgrundlage gemäß § 823 Abs. 2 BGB. Das Geräusch des Lastkraftwagens konnte überhört werden, dagegen nicht ein Hupensignal. Ein mitwirkendes Verschulden des Klägers ist verneint worden, denn der Wagen hielt auf der rechten Straßenseite und ließ andern Wagen genügend Raum zum Vorbeifahren. Kläger durfte annehmen, daß vorüberfahrende Wagen sich durch Warnungszeichen ankündigen und überdies genügend Abstand halten würden, um ihn nicht zu verletzen.

Brautnacht auf der Polizeiwache.

Wenn man nicht einmal an seinem Hochzeitstage aufgeregt sein soll, wann dann? Erstens pflegt man sich da die Nase zu begießen, wenn das auch die junge Frau nicht gern sieht, und dann — darf man nicht gereizt werden, denn es heißt sehr richtig: „Gefährlich ist die Kreatur bekanntlich in der Brunstzeit nur!" So ging es auch bei dem 27jährigen Arbeiter Ernst O. aus Merseburg. Er hatte an einem schönen Maientage Hochzeit, die bei seinem neuen Schwager gefeiert wurde. Es ging hoch her, und er begleitete weit nach Mitternacht einige Gäste heim. Als er zurückkam, glaubte er hinter der Tür zu hören, daß die Schwägerin über ihn verächtlich spreche, er habe seine junge Frau verseucht. Die Zurückgebliebenen wollen gesprochen haben „die Wohnung sei feucht!" Genug, er holt einen Gummiknüppel und drischt auf die ganze Verwandtschaft los. Die entreißen ihm den Knüppel und schmeißen ihn zum Tempel hinaus. Dann stürmt er mit dem Messer an und verletzt dabei sowohl seine Schwägerin als auch seine eigene Frau. Auch eine Lampe geht dabei in Trümmer. Und er wird wieder, diesmal gleich die Treppe hinunterbefördert. Er kommt erst wieder zu sich, als er seine Frau blutend sieht. Die Hochzeitsnacht bringt er auf der Polizeiwache zu. So eine Messerstecherei ist aber eine gefährliche Körperverletzung. Wegen ihrer muß er sich nun vor dem hallischen Schöffengericht verantworten. Mit der Verwandtschaft ist er wieder ausgesöhnt. Er gesteht alles zu, so daß auf die Zeugenvernehmung verzichtet werden kann. Die Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis für die Körperverletzung wird ihm auf zwei Jahre ausgesetzt. Den Hausfriedensbruch muß er mit 5 Mk. sühnen. Seine junge Ehefrau hat wenigstens eine gute Erinnerung an ihre Hochzeitsnacht. Sie hat einen schönen Schmiß auf der Wange, auf den jeder völkische Korpsstudent stolz wäre.

Aus dem Saalkreis.

Nietleben. Straßensperrung. Wegen Ausführung von Kanalisationsarbeiten ist vom 29. August bis 31. Oktober die Heidestraße in Nietleben (zwischen Eislebener Straße und der Bahnüberführung des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins) für den gesamten Fahrverkehr gesperrt. Verbindungsweg: Eislebener, Cröllwitzer oder Paul-Heidenreich-Straße.

Brachwitz. Tödliche Verbrühungen trug das fünfjährige Töchterchen des Arbeiters Bialoff davon, das in Gegenwart ihrer Mutter rückwärts in ein mit kochendem Wasser gefülltes Waschfaß stürzte.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357,1).

Freitag: 10.05 Uhr: Verkehrsfunk. Wetterdienst. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 12 Uhr: Schallplattenkonzert. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsendienst. 16.30 bis 18 Uhr: Konzert. 17.15 Uhr: Mitteilungen für Haus und Verkehr. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 19 bis 19.30 Uhr: Wanderungen durch unsere Heimat. J. Ahlemann: „Vergessene Reisegebiete". (Eichsfeld, Rhön, Hessen). 19.30 bis 20 Uhr: Schulrat Dr. Kürsten, Erfurt: „Schiller und Dalberg". 20.15 Uhr: Reiseerlebnisse. Zur Einleitung des Abends und zwischen den einzelnen Rezitationen spielt das Rundfunkorchester entsprechende Musik. Anschließend: „Du liebe Gastronomie". 22 Uhr: Presse- und Sportdienst. 22.15 bis 24 Uhr: Funkbrettl.

Königswusterhausen (Welle 1250).

15 bis 15.30 Uhr: Gartenschulleiter Hans Hühne: „Aus der Praxis der Gartenarbeitsschule." 16 bis 16.30 Uhr: Dr. Thomalla: „Vom Fluch der Vererbung." 16.30 bis 17 Uhr: Dr. Herta von Bremen: „Volkswirtschaftliche Beiträge zum Geschichtsunterricht." 18 bis 18.30 Uhr: Min.-Rat Gut: „Die Luftpost". 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 18.55 bis 19.20 Uhr: Dr. Karl Würzburger: „Philosophierende Gespräche: Philosophie in der Geschichte." 19.20 bis 19.45 Uhr: Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte. 20.30 Uhr: Ouvertüren. Anschließend: Wetter-, Tages- und Sportdienst. 22.30 Uhr: Zur Unterhaltung.

Aus dem Geschäftsleben.

„Atlantik". Seit Mitte Juni ist in der Geiststraße 47, wie auch in verschiedenen anderen Großstädten Deutschlands, ein neues Spezialfischgeschäft unter der Firma „Atlantik", Deutsche Seefischvertriebsgesellschaft mbH., errichtet worden. Die „Atlantik" hat das Bestreben, trotz billigster Preise nur gute und frischeste War der Bevölkerung zuzuführen. Wir machen auf die Anzeige in der heutigen Ausgabe aufmerksam.

Erhofftes und Erlebtes.

Aus Zschornewitz wird berichtet:

Vor ungefähr acht Monaten erging von der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" ein Aufruf an die Gruppen im Lande, sich an einem Zeltlager während der sogenannten großen Ferien zu beteiligen.

Zunächst, menschlich durchaus verständlich, Kopfschütteln über die Durchführbarkeit und die Erfolge eines solchen Unternehmens, auch in Zschornewitz. Doch, dem Mutigen gehört die Welt. Die Helfer der Gruppe machten sich daran, die Vorbedingungen für eine Beteiligung in finanzieller und ideeller Beziehung zu schaffen. Erleichtert wurde die Aufgabe dadurch, daß die Gruppe schon im Besitze des notwendigsten Instrumentes, nämlich eines großen Militärzeltes, war, welches damals mit Unterstützung der Gemeinde angeschafft wurde. Trotzdem waren der Schwierigkeiten noch reichlich vorhanden. Galt es doch, für 15 Kinder und zwei Helfer zirka 700 Mk. aufzubringen. Eins war von vornherein klar. Diese Summe konnte keineswegs von den Eltern der Kinder allein aufgebracht werden, kamen doch zu den sichtbaren noch die unsichtbaren Ausgaben, nämlich für die Kinder Wäsche, Schuhwerk usw. Ein vierwöchiger Ferienaufenthalt ist ja schließlich kein Sonntagsspaziergang. Es mußten also alle möglichen Gelegenheiten erschöpft werden, um Mittel zu beschaffen. Und es gelang! Die Gemeindevertretung bewilligte auf Antrag pro Kind 15 Mk. Zuschuß, die Gewerkschaften gaben ihr Scherflein, Zeltlagerkarten wurden vertrieben und eine Sammlung unter den Parteigenossen wurde veranstaltet. Das war die Lösung der ersten Frage.

Nun die praktische und ideelle Seite. Seitens der Reichsarbeitsgemeinschaft waren Probewanderungen und Uebernachtungen angeordnet worden, damit Kinder, die den Bedingungen eventuell nicht gewachsen waren, ausgeschaltet werden konnten. Dies war nicht nur im Interesse der Kinder, sondern auch der, leider etwas zu ängstlichen, Eltern notwendig. Doch auch diese Prüfung wurde bestanden, und nun galt es, die letzten Arbeiten für Ausrüstung und die Fahrt zu organisieren. Brachte doch jede Nummer der eigens für diesen Zweck ins Leben gerufenen Zeltlagerzeitung neue Vorschläge für Kleidung, Ausrüstung usw. Und Zschornewitz, als einzige ländliche Gruppe, (alle übrigen Gruppen waren städtische), wollte doch nicht zurückstehen.

Endlich, der große Augenblick ist da. Eine letzte Musterung, ob alle Sachen beieinander sind, ein letzter Händedruck, ein letztes, herzliches „Freundschaft" und begleitet von mancher still zerquetschten Träne geht's zur Bahn, der neuen Welt entgegen. Reichlich unbequem die Fahrt, bis Altona mußte zur Nachtzeit gestanden werden! Doch die freudige Erwartung läßt keinen Unmut aufkommen. Und dann der Empfang in Kiel, ein Kapitel für sich! Man muß es mit erlebt haben, wie sich die Kieler Parteigenossen fast um die Kinder rissen, um ihnen echte, norddeutsche solidarische Gastfreundschaft zuteil werden zu lassen. Aufrichtige proletarische Solidarität!

Auch diese erste Nacht in Kiel vergeht und es graut der erwartungsvolle Morgen. Aus allen Richtungen strömt es in der Nordostseehalle zusammen, um in eindrucksvoller Feier die Verkündung der „Kinder-Republik Seekamp" vorzunehmen, nicht ohne vorher der Wiener Opfer ehrend zu gedenken. Reibungslos gestaltete sich der An- und Abmarsch, die Ueberfahrt nach Friedrichsort usw., eine Folge der seit Wochen und Monaten geübten Disziplin! Helfer und Helferinnen traten bewußt in den Hintergrund, denn **alles sollte durch die Kinder für die Kinder geschehen.** Nur wenn Kinderverstand schwierige Fragen nicht zu meistern vermochte, griff die hilfsbereite Hand der Helfer ein, nicht als Autorität, sondern als Freund und Berater. Auf die Einzelheiten des Lagerlebens einzugehen erübrigt sich durch die schon erschienenen Artikel in der „Freien Presse" Unvergeßliche Höhepunkte waren den Kindern die großen Feiern „Nie wieder Krieg", Verfassungsfeier, Abschiedsfeier und die Feiern an den Besuchstagen, an denen es galt, den Kieler Parteigenossen für ihre Gastfreundschaft Dank abzustatten.

Gar zu schnell schlug die Trennungsstunde und es ging wieder der Heimat zu. Jubelnd wurden die Kinder von ihren Angehörigen empfangen, und die Freude über die gebräunten Gestalten und die Gewichtszunahmen wollte kein Ende nehmen. Es waren Gewichtszunahmen von 2 bis 11 Pfund zu verzeichnen, im Durchschnitt 6 Pfund. Aber nicht die Gewichtszunahme allein war die Hauptsache, sondern der Aufenthalt in gesunder, klarer Luft und die vierwöchige Erziehungsarbeit zu den hohen Zielen des Sozialismus. Mit Eifer gehen die Kinder schon jetzt daran, die Voraussetzungen für die Beteiligung im nächsten Jahre, wo das Zeltlager voraussichtlich bei Wien aufgeschlagen werden soll, zu schaffen.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, den Parteigenossen in den übrigen Ortsgruppen des Bezirks Halle-Merseburg den Mut zu stählen, an die Gründung von „Kinderfreunde-Gruppen" heranzugehen, um vielleicht im nächsten Jahre gemeinsam in die Ferne zu ziehen. Alles notwendige Material vermittelt die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde", Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Und nun ans Werk, Genossen! Mehr denn je gilt in diesem Falle das Wort: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!"

Schule und Berufswahl der Kriegerwaisen.

Der Reichsarbeitsminister hat in einem besonderen Schreiben an die Sozialministerien der Länder soeben die Bitte gerichtet, der Durchführung der Erziehungs- und Berufsfürsorge für Kriegerwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Es heißt in dem Schreiben, daß gerade in den kleineren ländlichen Fürsorgeverbänden, in denen die Mittel naturgemäß gering sind, die Durchführung der Erziehungs- und Berufsfürsorge durch eine Beteiligung der Landesfürsorgeverbände an den Aufwendungen ermöglicht werden soll, denn der pädagogische Schutz der Kriegerwaisen und Kriegsbeschädigtenkinder sei eine Pflichtaufgabe der sozialen Fürsorge. Der Reichsarbeitsminister betont in seinem Schreiben, daß ihm die vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge im Jahre 1921 erlassenen Richtlinien für die Erziehung und Ausbildung von Kriegerwaisen auch heute noch genügen und er nicht die Absicht hat, neue Richtlinien aufzustellen. Er möchte empfehlen, den Fürsorgeverbänden die Richtlinien des Reichsausschusses in Erinnerung zu bringen.

Die Besteuerung landwirtschaftlicher Wachhunde.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 28. Januar d. J. dahin erkannt, daß die Steuer für Wachhunde keine Sondersteuer auf einzelne Betriebsmittel der Landwirtschaft im Sinne des § 15 des Finanzausgleichsgesetzes sei. Im wesentlichen begründete das Oberverwaltungsgericht seinen Spruch mit einem rein betriebswirtschaftlichen Sachverhalt, ging aber hierbei nach der in einer Kleinen Anfrage eines demokratischen Landtagsabgeordneten zum Ausdruck gebrachten Auffassung in den Bedingungen und Tatsachen der bäuerlichen Landwirtschaft in die Irre. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß landwirtschaftliche Wachhunde unter die Vorschriften des § 15 des Finanzausgleichsgesetzes fallen, um die durch den Spruch bewirkte steuerliche Benachteiligung eines landwirtschaftlichen Betriebsmittels zu vermeiden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der zugleich für den Finanzminister erteilten Antwort des preußischen Ministers des Innern entnimmt, bestätigt die nicht vom preußischen, sondern vom sächsischen Oberverwaltungsgericht gefällte Entscheidung vom 28. Januar 1925 lediglich die vom preußischen Innenministerium schon stets vertretene Auffassung, daß eine Steuer auf das Halten von Wachhunden keine im Sinne des § 17 des Finanzausgleichsgesetzes unzulässige Sondersteuer auf einzelne Betriebsmittel der Landwirtschaft ist. Ob landwirtschaftliche Wachhunde von der Hundesteuer freizulassen sind, ist Sache der örtlichen Steuerautonomie.

Blindenwaren-Verkauf.

Die Pressestelle der Provinzialverwaltung teilt mit:

Es ist in letzter Zeit, wie auch früher, wieder häufiger vorgekommen, daß Händler mit Blindenwaren, ganz gleichgültig, ob sie aus Berlin oder aus anderen Orten kommen, angeben, sie verkauften die Blindenwaren für die beiden Blindenanstalten zu Halle und Barby oder für die Arbeitsfürsorge des Hilfsvereins für Blinde in der Provinz Sachsen und in Anhalt zu Halle. Die Direktion der Blindenanstalten und der Hilfsverein für Blinde machen darauf aufmerksam, daß sie überhaupt keine Händler unterhalten, ihre Waren vielmehr nur durch Reisende und Geschäfte vertreiben lassen. Jeder dieser Reisenden hat einen Ausweis bei sich, der mit dem Stempel der Provinzial-Blindenanstalt zu Halle (Saale) und der Unterschrift des Direktors Bauer oder seines Vertreters Klanert versehen ist. **Nur wer diesen Ausweis besitzt, arbeitet für die Blindenanstalten** und für die Arbeitsfürsorge des Hilfsvereins für Blinde. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Blindenanstalten und die Arbeitsfürsorge ihre Waren nur zu ortsüblichen Preisen verkaufen, also keinen besonderen Aufschlag nehmen, wie das bei dem Händlersystem üblich ist. Waren, die durch Anstalten und Hilfsverein bezogen werden, sind infolgedessen viel billiger als die von den Händlern angebotenen Waren. Zudem ist es eine erwiesene Tatsache, daß viele sogenannte „Blindenwerkstätten", sowohl in Berlin als auch woanders, nur einige Blinde, sonst aber Sehende beschäftigen, oder viele Waren von Fabriken kaufen, daß die Blinden also bei diesen Unternehmen nur den Namen hergeben. Der Verdienst kommt in der Hauptsache den Händlern und den Unternehmern zugute, weniger den Blinden. Dagegen besteht bei den Blindenanstalten und der Arbeitsfürsorge des Hilfsvereins für Blinde die Gewähr, daß der Ueberschuß lediglich für die Blindenfürsorge verwendet wird.

Förderung des Baues ländlicher Ledigenheime.

Heranziehung der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Um die Ablösung fremdstämmiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte noch weiter zu erleichtern, erklärt sich der preußische Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung bereit, zunächst versuchsweise auf den Neubau ländlicher Ledigenheime, die ausschließlich zur Unterbringung deutschstämmiger Landarbeiter und -arbeiterinnen bestimmt sind, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu fördern. Wie einem Runderlaß des Ministers zu entnehmen ist, können Umbauten vorhandener Massivgebäude zu Ledigenheimen für deutschstämmige Landarbeiter und -arbeiterinnen gleichfalls gefördert werden, falls arbeitsmarktpolitische Gründe dies dringend geboten erscheinen lassen und es sich um einen größeren Umbau handelt. Jedes Bauvorhaben muß mindestens vorsehen:

a) getrennte heizbare Schlafräume für männliche und weibliche Arbeitskräfte mit völlig getrennten Aufgängen für beide Abteilungen;

b) eine gemeinsame Küche für die Zubereitung von Gemeinschaftsessen und Einzelessen (größere Herdanlage, gegebenenfalls mit anschließender Grude);

c) Waschküche und Abstellraum;

d) Möglichkeiten, eine oder mehrere Familien, die nach dem Ermessen des Regierungspräsidenten etwa zur Betreuung der Ledigenheiminsassen erforderlich sind, angemessen unterzubringen;

e) (bei größeren Anlagen) einen gemeinsamen Speise- und Aufenthaltsraum. Bauten, die für weniger als sechs Personen berechnet sind, kommen für eine Förderung nicht in Betracht.

Als Wohnfläche gilt die gesamte Grundfläche des Ledigenheimes abzüglich der Wandstärken. Einbegriffen sind ausgebaute heizbare Dachräume, sofern für einwandfreien Wärmeschutz gesorgt ist. Dachräume, deren schräge Wände tiefer als 1,20 Meter über Fußbodenoberkante herabgeführt werden, kommen für die Förderung nicht in Frage. Keller, Abstellräume, nicht massive Abortanlagen sowie die Grundfläche von Treppen bzw. des Treppenhauses sind von der Förderung ausgeschlossen.

Delitzsch. Stadtverordnetensitzung. In der Stadtverordnetensitzung wurde vom Vorsteher Bericht erstattet über die Verhandlungen betreffend den **Ankauf des Schlosses** für die Stadt. Die Finanzverwaltung fordert 150 000 Mk., wovon 50 000 Mk. als Anzahlung, der Rest in Raten von 10 000 Mk. zu 6 Prozent Verzinsung zu leisten sind. Das Schloß soll zu einem **städtischen Krankenhause** umgebaut werden. Ein Abschluß der Verhandlungen ist noch nicht erfolgt. — Bei Beratung über die Erweiterung des Schuttabladeplatzes und den damit verbundenen Ankauf von Gelände des Herrn v. Busse (Zschortau) brachte Genosse Buhle die Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion wegen des geforderten Preises zum Ausdruck und bezweifelte die Dringlichkeit der Erweiterung. Da vom Magistrat diesen Bedenken zugestimmt wurde, erfolgte Ablehnung der Vorlage. — Der Baugenossenschaft des [illegible] schaft des Mietervereins wurde zu den üblichen Bedingungen Bauland überlassen. — Ein Antrag der SPD.-Fraktion, vom Genossen Hampe begründet, in dem die Anpassung der **Mietsverträge in städtischen Häusern** an das Bürgerliche Gesetzbuch gefordert wurde, fand Annahme. — Nach einer Magistratsvorlage sollten 250 Mk. für die **Hindenburgspende** bewilligt werden. Genosse Schwahn begründete den ablehnenden Standpunkt der SPD.-Fraktion. Er verlangte, daß die Summe den hiesigen Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen überwiesen werde. Der Antrag wurde aber abgelehnt, die Rechte entschied sich für die Magistratsvorlage. — Nach einem Antrag der Rechten sollte zum **Städtetag in Nordhausen** der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher entsandt werden. Die von der Linken vorgeschlagenen Stadtverordneten wurden nicht gewählt. Schließlich zog die Rechte ihren Antrag auch zurück, so daß nun der Städtetag vom Stadtverordnetenkollegium überhaupt nicht beschickt wird. — Schon längere Zeit beschäftigt die Frage, die **Bewirtschaftung des Friedhofes in eigene Regie** zu übernehmen, das Kollegium. Zur Sitzung lagen die Berichte über Besichtigung zweier auswärtiger Friedhöfe vor. Die Friedhofsdeputation hatte beschlossen, die Durchführung des Planes zunächst noch hinauszuschieben. Das Kollegium schloß sich nach längerer Aussprache dem an. — Mehrere **Dringlichkeitsanträge** wurden behandelt. Das Kollegium stimmte der **Aufnahme einer Anleihe** in Höhe von 100 000 Mk. bei der Sächsischen Provinzialbank zu den festgelegten Bedingungen zu. — Eine Entschließung der SPD.-Fraktion gegen den **Reichsschulgesetzentwurf** des Herrn v. Keudell wurde vom Genossen Schwahn begründet, der besonders auf die drohende finanzielle Belastung der Gemeinden und die Zersplitterung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0006

Schulwesens hinwies. Die Rechte hatte eine ähnliche Entschließung vorbereitet und schloß sich in der Erklärung des Stadtv. Hansjürgens völlig den Ausführungen des Genossen Schwahn an. Beide Entschließungen wurden miteinander verarbeitet und einstimmig angenommen. — Vom Beamtenvertreter lag ein Antrag vor, die Mittel für Beihilfen an städtische Beamte zu erhöhen, um ihnen eine den Reichs- und Staatsbeamten entsprechende Beihilfe gewähren zu können. Stadtv. Hoyer von der Wirtschaftlichen Vereinigung versuchte einige Vorbehalte anzubringen, die als Rückendeckung gegen seine Wähler gewertet werden mußten. Sein Antrag kam aber nicht durch, vielmehr wurde der weitgehendere Antrag angenommen. Die KPD. regte an, auch den städtischen Arbeitern eine gleiche Beihilfe zu geben. Die Anregung wäre unter den Tisch gefallen, wenn die SPD.-Fraktion sie nicht zu einem Antrag verdichtet hätte, der auch angenommen wurde. — Genosse Buhle brachte dann eine Reihe von Beschwerden über die mangelhafte Verkehrsregelung in den Straßen vor. Hoffentlich zeitigen seine Ausführungen den richtigen Erfolg. — Für die Unwettergeschädigten im Erzgebirge wurden 100 Mk. bewilligt.

Delitzsch. Proletarische Morgenfeier. Auf die am Sonntag, dem 28. August, vormittags ½10 Uhr, im Jugendheim stattfindende Proletarische Morgenfeier der Jungsozialisten sei empfehlend hingewiesen.

Eilenburg. Eine Achtzigjährige. Morgen, am 26. August, vollendet die Frau unseres Genossen Raute ihr achtzigstes Lebensjahr. Obwohl sie seit Jahrzehnten der Partei angehört, ist sie doch niemals öffentlich hervorgetreten. Das liegt zum Teil in ihrem mehr nach innen gekehrten Wesen, in der Hauptsache aber darin begründet, daß sie ihrem Mann während seiner organisatorischen, agitatorischen und parlamentarischen Tätigkeit, die ihn oft nicht nur tage- und wochen-, sondern auch monatelang vom Hause fortgeführt hat, eine aufopferungsvolle Gehilfin die Jahrzehnte hindurch gewesen ist, die nicht nur den Haushalt führte, sondern auch den Betrieb leitete und somit die Voraussetzungen mitschuf, die es ihrem Manne ermöglichten, der Partei in dem Umfange, wie geschehen, zu dienen. Wenn wir der 80jährigen darum heute unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen, so tun wir das in dem Bewußtsein, daß ihr aufopferungsvolles, selbstloses Wirken in der Stille eine Form des Parteidienstes war, dessen Erfolg um so größer ist, je weniger man von ihm spricht.

Eilenburg. Wieder eingefunden haben sich die beiden als vermißt gemeldeten jungen Leute, der Arbeitsbursche Fritz Müller, Breite Straße und der Schmiedelehrling Rudolf Schreiber aus Waltewitz.

Annaburg. Postdienst. Vom 1. September an ist der Postschalter von 8 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr geöffnet.

Prettewitz. Nicht lebensfähig. Die Vierlinge, die jüngst hier von der Frau eines Arbeiters geboren wurden, sind sämtlich wieder gestorben; eins war bekanntlich gleich nach der Geburt schon tot. Wir meinen, daß die Familie mit den acht Kindern, die vorher schon da waren, genug Sorgen hat. Das „Glück", daß noch vier auf einen Schlag dazu kamen, war deshalb ein bißchen zu groß. Nun haben sich die kleinen Dingerchen sämtlich als nicht lebensfähig erwiesen. Hoffentlich erholt sich die Mutter wieder gut, daß sie ihren lebenden Kindern ihre Sorgfalt zuwenden kann.

Dölsthaida. Die Unterschlagungen bei der Gemeindekasse. Das Große Schöffengericht Torgau verurteilte seinerzeit den 56 Jahre alten Steuererheber Wilhelm Tischer aus Dölsthaida wegen Amtsunterschlagung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, seinen Sohn Max Tischer wegen einfacher Unterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis. Im Mai 1925 kam man in der Gemeindekasse Dölsthaida größeren Unregelmäßigkeiten auf die Spur. Die Revision der Kasse durch einen Beamten des Landratsamtes Liebenwerda ergab ein Kassendefizit von rund 12000 Mk. Es handelte sich in der Hauptsache um Steuerbeträge, die von der „Bubiag", dem größten Steuerzahler der Gemeinde Dölsthaida, geleistet worden waren. Der Sohn Max Tischer war zu der Zeit als Angestellter bei der „Bubiag" tätig und half dem Vater bei den Steuergeschäften. Ihm wurden auch die Gelder von der „Bubiag" mit den Belegen ausgehändigt. Die Summen behielt er zur Hälfte für sich und unterließ die Eintragungen im Steuereinnahmebuch. Die Bücher waren gar nicht oder nur mangelhaft geführt. Das Geld wurde von dem Sohne in Gastwirtschaften verjubelt. Die Hauptverhandlung ergab, daß auch der Vater bei der Sache seine Hand im Spiele haben mußte. Mit dem Urteil gab sich der Vater T. und die Staatsanwaltschaft nicht zufrieden. Letztere, weil der erschwerende § 351 des StrGB. nicht in Anwendung gebracht worden war. In der jetzigen Hauptverhandlung vor der Großen Berufungskammer des Landgerichts Torgau blieb es bei dem erstinstanzlichen Urteil. Die Berufung des Angeklagten wurde auf seine Kosten, die der Staatsanwaltschaft auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Merseburg-Querfurt.

Der Fall Illecht.

Vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Halle, erhalten wir nachstehende Zuschrift: „Auf Veranlassung des Volkschors Merseburg fand am Sonnabend, dem 20. August 1927, in Merseburg eine Sitzung statt, an welcher der Bezirksvorstand, Vertreter der Vereine aus Merseburg, Ammendorf, Dürrenberg, sowie der Dirigent Herr Utecht teilnahmen. Wie aus der Nr. 184 des „Volksblatt" ersichtlich ist, war besagter Dirigent angeschuldigt, Mitglieder des Volkschors Merseburg nach einem bürgerlichen Verein versucht zu haben, hinüberzuziehen. Nach Anhörung beider Parteien, sowie einer in Frage kommenden Sangeschwester konnte ein einwandfreier Beweis für die Anschuldigung nicht erbracht werden. Lediglich die Verdrehung der Tatsachen durch die betreffende Sangeschwester konnte es ermöglichen, daß eine derartige Anschuldigung zustande kam."

Frauentreffen in Corbetha.

Heute abend findet im Gasthof Hellriegel in Corbetha ein Treffen der Frauengruppen der Sozialdemokratischen Partei Weißenfels und Merseburg statt. Auch die Frauengruppe Halle beteiligt sich daran. Durch das Treffen sollen die Genossinnen der benachbarten Ortsgruppen einander näher gebracht werden, ferner soll der Frauenbewegung in Corbetha ein Anstoß gegeben werden. Das Frauentreffen soll eine Kundgebung für den Sozialismus sein. Ansprachen halten Genosse Rechtsstagsabgeordneter Peters (Halle) und die Leiterin der Bezirks-Frauenbewegung Genossin Marie Wackwitz (Weißenfels). Die Ansprachen werden umrahmt durch musikalische Darbietungen, Rezitationen und Volkstänze der Sozialistischen Arbeiterjugend Weißenfels.

Die Genossinnen und Genossen von Merseburg werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten. Abfahrt um 18.55 (6.55) Uhr vom Bahnhof. Fahrgeld hin und zurück 80 Pfg.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Merseburg) findet morgen, Freitag abend 8 Uhr, im „Tivoli" statt. Die wichtigen Verbandsangelegenheiten, die dort behandelt werden, erfordern das Erscheinen aller Mitglieder.

Körbisdorf. Mit dem Abbruch der Gebäude der Zuckerfabrik ist in den letzten Tagen begonnen worden, nachdem die Brücke über die Straße schon vor ein paar Wochen beseitigt wurde. Bekanntlich führt die Kohlenader der Grube „Otto" unter der Fabrik entlang und gerade hier in beträchtlicher Stärke. Die Kohle ist bis hart an die Straße schon abgebaut, so daß der Abbruch der Fabrik kommen mußte. In der letzten Kampagne ist der Betrieb schon gar nicht mehr eröffnet worden, sondern die für Körbisdorf erbauten Rüben sind in Stöhnitz verarbeitet worden. Fabrik und Grube gehören zur J. G.-Farbenindustrie.

Mücheln. Wie es beim Schützenfest zuging, schildert die nachstehende Zuschrift: Das mit so großer Spannung erwartete Schützenfest hat nun seinen Abschluß gefunden. An dem gewaltigen Fahnenwald von sage und schreibe fünf schwarzweißroten Fahnen konnte man schon erkennen, daß das Interesse am sogenannten Volksschützenfest bedeutend schwindet. Uns scheint, die Einsichtigen kommen zu der Erkenntnis, daß mit ihrem Gelde wohl etwas Besseres anzufangen wäre. Halten es doch selbst die aktiven Schützen nicht mal für nötig zu flaggen, dies überlassen die Geschäftsleute — aus solchen setzt sich die ganze Gesellschaft zusammen — ihren gutmütigen Kunden, mit deren sauer verdientem Gelde die alte Freundschaft tüchtig erneuert und begossen wird. Einige Arbeiter, die da glauben etwas daber herausschlagen, sind zu bedauern. Unter dem Schutze unseres allverehrten Stadtoberhauptes und Polizeigewaltigen, der wohl Demokrat sein will, aber scheinbar weit nach rechts gerückt ist, durfte auch die lächerliche Parade nicht fehlen, die dieser hohe Herr nebst Gefolge — seine bessere Ehehälfte nicht zu vergessen, die sich ja bekanntlich um alle sie nichts angehenden Sachen kümmert, abnahm. Es war auch einer in dem Gefolge, der sich eigentlich zu uns zählt und mit uns Geschäfte macht, aber leider hatte der Herr damals, als das Reichsbanner sein Fest feierte, keine Zeit, mit uns zu ziehen, oder sollte das dem Ansehen großen Abbruch tun, wenn man sich öffentlich bekennt? Uns wundert es nur, wie der Herr Bürgermeister und Kreistagsabgeordnete es vor seinem Gewissen und seinen Wählern verantworten kann, nachdem er kürzlich auf Vorhalt eines Abgeordneten, warum hier keine offizielle Verfassungsfeier stattzufinden habe, erwiderte, er beteilige sich überhaupt an nichts mehr. Nun, die Zeit wird hoffentlich nicht mehr fern sein, wo ihm die gebührende Antwort zuteil wird. Zuguterletzt war da auch noch ein tüchtiger teutscher Mann als Schütze und zugleich Stahlhelmer, ein geborener Malermeisersohn, jetzt Fabrikmaler, dem da ein Malheurchen passiert ist. Fand man doch am Dienstaufruf verschiedene Sachen, wie Schützenrock, Hole, einen Strumpf und einen Schuh auf dem Schützenplatze verstreut, mit den deutschen Kennzeichen ihres Eigentümers. Leider war der fürsorgliche Schwager zu spät aufgewacht, wie gewöhnlich, und fand die Sachen nicht mehr, denn es hatten sich schon mitleidige Personen der verlorenen kostbaren Sachen angenommen und abgeliefert. Ja, ja, der Alkohol, der Alkohol! Das kommt davon, wenn man seine Freunde zum Glas Bier einladet, und wenn es an's Bezahlen geht, ist man verschunden!

Kommunale Rundschau.

Allgemeiner Sparkassen- und Kommunalbankentag.

Anläßlich der vom 31. August bis 1. September in Kiel stattfindenden Tagung treffen sich die sozialdemokratischen Delegierten Mittwoch, den 31. August, um 17 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 15. Mit zahlreichem Erscheinen rechnet die

"Kommunalpolitische Zentralstelle beim Parteivorstand (SPD.).

Die größte Markthalle des Kontinents.

Der Berliner Magistrat wird demnächst den Bau einer neuen Zentralmarkthalle in der Nähe des Bahnhofs Beußelstraße einer ernsten Besprechung unterziehen und im Laufe des Herbstes diese Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung unterbreiten. Die Kosten für den Neubau sind auf 20 Millionen Mark veranschlagt. Die neue Zentralmarkthalle soll nach den Plänen die größte und modernste Markthalle des ganzen Kontinents werden. Die Riesenhalle enthält mehrere Unterabteilungen, so daß es möglich ist, die einzelnen Zweige des Nahrungsmittelgewerbes auf Sondermärkten zu handeln. Ferner ist vorgesehen eine besondere Halle für den Frischfischverkauf, da in Zukunft die Steigerung des Fischkonsums in Berlin infolge lebhafter Propaganda erwartet wird. Der Bahnhof Beußelstraße erfährt einen Ausbau zum Zentralmarkthallen-Bahnhof, der den höchsten Anfuhrziffern gewachsen sein soll. Ferner ist noch ein kleiner Hafen geplant, der hauptsächlich für Schiffsladungen aus Hamburg bestimmt ist. Geplant ist weiter ein großes Markthallenrestaurant und ein kleines Hotel für auswärtige Händler.

Die 6000 Berliner Wohnungen.

Der Magistrat Berlins beschäftigte sich mit den Projekten, nach denen auf drei Baustellen 6000 Wohnungen errichtet werden sollen, die, von der Stadt zunächst gepachtet, nach 30 Jahren in ihren Besitz übergehen sollen. Es lagen zwei Angebote zur Entscheidung vor. Das eine stammte von dem Konzern der Firmen Holzmann, Haberland, Lenz u. Ko. und Richter u. Schädel, und das andere kam von der Gemeinnützigen Bau-, Spar- und Heimstättengesellschaft, der „Gehag". Der Ausschuß empfahl den Zuschlag an beide Firmen zu erteilen, und zwar so, daß das Angebot gleichmäßig geteilt wurde, jede Firma also 3000 Wohnungen errichten soll. Die Magistratssitzung entschied sich dafür, dem Vorschlag des Ausschusses zu folgen. Die Baustellen liegen in Treptow und Fürstenbrunn.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: H. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: O. Kaiser; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: J. V.: Helmut Kern; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Hans 42/44.

Städtische Sparkasse zu Merseburg
Burgstraße 1 Gegr. 1835 Fernspr. 87, 195
Arbeit, Ordnung, Sparsamkeit
Sind Dir nütze allezeit

O. Heberer
Rischmühle, Merseburg
Ia Weizen- und Roggenmehle
Futtermittel
Umtauschmüllerei

Karl Keller
Radio-Spezialgeschäft
Radio-Apparate aller Art
modernster Konstruktion
Anodenbatterien stets frisch
„Varta"-Akkumulatoren
Einzelteile aller Art
Merseburg, Ob. Breitestr. 13

Michel
Briketts
Anerkannt beste Marke
General-Vertrieb für Merseburg und Umgegend:
Michel-Brikett-Verkaufsstelle m. b. H.
Fernruf 82 Merseburg Fernruf 82
Kontor: Nulandtstraße (am Güterbahnhof)

Riffer-Drogerie
Werner Miehlfeldt
Kl. Riffersstr. 2 Fernruf 215
Drogen :-: Farben
Kolonialwaren

Th. Ebert Nachf.
Optische Anstalt
Institut wissenschaftlich richtiger Augengläser
Entenplan 13

Metallbettstellen
Kinderbettstellen in Holz u. Metall
in großer Auswahl preiswert.
Weddy-Pönicke & Steckner A.-G.
Leinen- u. Wäschehaus / Merseburg, Burgstr. 5

A Merseburg

Leser des „Volksblatts" berücksichtigen bei ihren Einkäufen und beim Besuch von Hotels nur die hier empfohlenen Firmen.

Radio-Zentrale
Anton Waldschmidt
Merseburg :: Am krummen Tor.
Sämtliche Zubehörteile und Apparate
zu konkurrenzlosen Preisen

Nordheimer
Schuhe zu Nordheimer Original - Verkaufspreisen nun auch in Merseburg.
Sigmund Daniel, Gotthardtstr. 4
Fernruf 749

C. F. MEISTER
Telefon 158 u. 160 Eisenhandlung Telefon 158 u. 160
Merseburg Preußenstr. 11 u. 22
Oefen - Herde - landw. Maschinen und Geräte

Carl Baum
Merseburg
Kl. Ritterstr. 14 Gegründet 1882
Spezialgeschäft feiner Solinger Stahlwaren
Rasier-Bedarfsartikel .·. Haus- u. Küchengeräte .·. Feinschleiferei für Messer und Scheren aller Art

Max Städter
Burgstraße 11
Reichhaltiges Hüte-, Mützen- u. Pelzwaren-Lager

Paul Ehlert Nfg.
Merseburg
Das führende Haus für Porzellan Glas Haushaltwaren
Niedrigste Preise!

Sparen und doch gut gekleidet sein?
Willst Du das, kaufe bei
Ruffes
Spezialität: Münchener Loden-Bekleidung
Herrenbekleidung — Tuchhandlung

Möbel-Scholz
Merseburg
Lager von ca. 60 Musterzimmern und Küchen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0007

Sport und Spiel.

2. Kreis (ATSB.). 6. Bezirk

Fußball

Bekanntmachung des Hauptspielausschusses.

Sonntag, den 28. August, finden folgende hörslich abgeschlossene Gesellschaftsspiele statt:

13	Uhr	Löbejün III — Dölau IV	(Viktoria)
14½	„	Löbejün 1. Jgd. — Dölau 2. Jgd.	(Reideburg)
15½	„	Löbejün II — Dölau III	(Minerva)
17	„	Löbejün I — Dölau II	(Trotha)
13	„	Reideburg III — Giebichenstein III	(Diemitz)
14½	„	Reideburg II — Giebichenstein II	(Brachstedt)
16½	„	Reideburg I — Sportbrüder I	(Knauth-Diemitz)
11½	„	Bruckdorf 1. Jgd. — Kröllwitz 1. Jgd.	(Löbejün)
13	„	Bruckdorf III — Kröllwitz III	(Wörmlitz)
14½	„	Bruckdorf II — Kröllwitz II	(Gröbers)
16	„	Bruckdorf I — Kröllwitz I	(Harnisch-Zörbig)
9½	„	ASC. Jgd. — Sportlust Jgd.	(Viktoria)
10½	„	ASC. II — Sportlust II	(Cöllme)
10	„	Kanna II — Minerva II	(Merseburg)
15½	„	Kanna I — Minerva I	(Teicha)
15	„	Cöllme I — Diemitz II	(Fortuna)
16½	„	Zörbig I — Diemitz I	(Koitsch-Fortuna)
16½	„	Wörmlitz III — Teicha III	(Brachstedt)
12½	„	Viktoria Schüler — Dölau Schüler	(Fichte)
10½	„	Teutonia Jgd. — Zörbig Jgd.	(Lettin)
[illegible]	„	Teutonia I — Kanna I	(Thomas-Lettin)
[illegible]	„	Gröbers 1. Jgd. — Dölau 1. Jgd.	(Bruckdorf)
12	Uhr	Lettin III — Sportbrüder II	(Kröllwitz)
13½	„	Lettin II — Möhlau II	(Fortuna)
16	„	Lettin I — Sportlust I	(Brandt-Wörmlitz)
14	„	Brachstedt II — Mötzlich II	(Teicha)
15½	„	Brachstedt I — Mötzlich I	(Zörbig)

Das Spiel Zörbig I — Diemitz I findet in Cöllme statt. Die Spiele von Teutonia finden auf dem Lettiner Platze statt, dies dem Schiedsrichter zur Kenntnis.

Das Serienspiel Viktoria II — Askania II fällt aus. Spiel 5, Giebichenstein I — Fortuna I, wird in Dölau ausgetragen. Zeit: 16 Uhr. Schiedsrichter: Hübler-ASC.

W. Brandt. E. Friedemann.

Achtung, Spielleute!

Die Spielleute der 1. Gruppe haben sich zur Werbeveranstaltung und Bezirksübungsstunde schon am Sonnabend zum Kommers in Zörbig einzufinden. Abfahrt von Halle 18.21 Uhr. Die Fahrt kostet hin und zurück 1,80 Mk.

Achtung Fußballspieler!

Auf Teilzahlung

liefern wir zu günstigen Zahlungsbedingungen

Fußballschuhe

für **20,—** und **23,50 Mark** mit einer Anzahlung von

3,— und 4,— Mark.

Der Schuh zu 20,— Mark ist gut gearbeitet, zu 23,50 beste Qualität und Markenstiefel.

Beide haben gute Paßform.

Die Anzahlung wird bei der Zusendung durch Nachnahme erhoben. **Die Wochenrate beträgt 3,— Mark.** Bei Barzahlung 15% Rabatt. Die Schuhgröße bei Bestellung angeben. 4613

Paul Sommer

Kredithaus

Halle a. S., Leipziger Str. 14

Ausschneiden, im offenen Umschlag (5 Pfennig Porto) einsenden.

Bestellschein!

Ich bestelle hiermit auf das Inserat im .... bei der Firma

Paul Sommer in Halle a. S.

1 Paar Fußballschuhe

zum Preise von 20,— RM. od. 23,50 RM.

Größe ....

gegen Wochenraten von 3 Mk. Die Anzahlung ist durch Nachnahme zu erheben. Eigentumsrecht anerkannt. Erfüllungsort Halle a. S.

Nicht Gewünschtes streichen.

Ort, Straße, Datum ....

Name, Stand ....

Geburtsort u. Tag ....

Bezirksregatta

der Arbeiter-Kanufahrer am kommenden Sonntag.

Am Sonntag, dem 28. August, nachmittags 2½ Uhr, findet in Böllberg die zweite Bezirksregatta der Arbeiter Kanufahrer statt. Das gute Meldeergebnis verspricht spannende Kämpfe. Im Rennen 1 zur Einer-Bezirksmannschaft hat Bindenagel (Döllnitz) seinen Titel zu verteidigen. Ob er das Rennen wieder für sich entscheiden kann, ist infolge der großen Konkurrenz sehr fraglich. Kopf (Ammendorf) und Barth (Halle 26) haben hier die besten Aussichten, als Sieger hervorzugehen. Das Anfängerrennen in der Baatsklasse IIa bringt neue Kräfte an den Start, auch hier haben, nach den Trainingsergebnissen gemessen, die beiden Ammendorfer Mannschaften die besten Aussichten. Das gleiche kann man vom Rennen aus Bootsklasse X sagen. Hier werden Ammendorf, Merseburg, Halle 26 und Regattaklub Halle um den Sieg der Faltbootfahrer kämpfen. Das Rennen in Klasse IIa (Zweisitzer für Männer über 35 Jahre) wird wieder eine Beute der gut trainierten Döllnitzer Mannschaft.

Das Frauenfahren in Klasse IIa bringt viel frische Kräfte an den Start, so daß hier eine Vorhersage nicht möglich ist.

Das Rennen für Männer-Junioren wird wohl die Mannschaft Mohr—Heyer (Ammendorf) als Sieger sehen. Das Hauptrennen des Tages, die Zweisitzer-Meisterschaft, weist ein großes Feld auf. Die besten Aussichten sprechen wir der bisherigen Siegermannschaft Bindenagel—Thambeyn (Döllnitz) oder Mohr—Engelhardt (Ammendorf) zu.

Versäume kein Anhänger des Wassersports, am kommenden Sonntag der Bezirksregatta in Böllberg beizuwohnen. Das Ziel befindet sich im Volksbad des Arbeiter-Wassersportvereins.

Ergebnisse der Zielfahr: Gabelbach-Rennen 1927

Gau IIa Thüringen.

Erst jetzt, nach drei Wochen, bringen die ADAC.-Amtliche-Mitteilungen das Ergebnis der anläßlich des Gabelbach-Rennens stattgefundenen Zielfahrt. Die Teilnehmerzahl betrug einige Hunderte; um so erfreulicher ist, daß der 1. Preis der Hauptklasse, Klasse-II-Wagen, nach Halle gekommen ist.

Ergebnisse: Motorradklasse I (bis 200 Kilometer): 1. Erich Langbein, Bernburg a. d. S. Motorradklasse II (24-Stunden-Fahrt): 1. Preis Krick, Heidelberg (791 Kilometer); 2. Preis Kalbofer, Jena (609 Kilometer); 3. Preis Wachter, Sonneberg (518 Kilometer). Wagenklasse I (bis 200 Kilometer): 1. Preis Striegler, Meuselwitz. Wagenklasse II (24-Stunden-Fahrt): 1. Preis Hans Schmidt, Halle auf Opel (842 Kilometer), Ehrenpreis und den seidenen Ehrenwimpel des Klubs Ilmenau (Mitglied des Motor-Sport-Klubs Halle a. d. S. ADAC); 2. Preis Dr. Paul Müller, Kronach (798 Kilometer); 3. Preis Apel, Duisburg (706 Kilometer).

Von der Reise zurück

Dr. med. Ettinger

Leipziger Straße 53 II

Telephon 240 16 4616

Sprechstunden: 9—11 und 4—6 Uhr

Aktenmappen
Geldtaschen
Isolierflaschen
billigst bei 123
M. Winkler
Glauchaer Straße 27.

Junger 7474
Schuhmacher
sucht Stellung
Emil Wunderlich,
Braunschwende.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

Im Spieljahr 1927/28 spielen in der

PHILHARMONIE

nur die beiden berühmtesten reichsdeutschen Konzertorchester, die

Berliner Philharmoniker

und das

Gewandhausorchester

Dirigenten:

Dr. Göhler - Dr. Furtwängler - Edwin Fischer

Hervorragende Solisten 4615

Verbilligung des Abonnements

Anmeldung neuer Mitglieder und Kartenabholung bei **Hothan,** Gr. Ulrichstr. 38 (9—1, 3—6 Uhr)

Henko Wasch- und Bleich-Soda

das altbewährte Einweichmittel!

Auf
Teilzahlung
liefern wir
Möbel
Polsterwaren
Reformbetten
Damen-Konfektion
Herren-Konfektion
Schuhwaren
Wäsche
Kleine Anzahlung
Wöchentlich RM. **3.—** bis RM. **5.—**
nur im 4608
Waren-Kreditgeschäft „Merkur“
G. m. b. H.
Halle, Gr Ulrichstr. 4/5, I. Etage

Betten müssen gut sein —
Betten müssen Sie in meinem Hause kaufen!
Dann kaufen Sie auch billig!

Federbetten

Oberbett	Mk. 18,00	29,00	38,00	47,00	57,00
Unterbett	Mk. 16,00	26,00	32,00	42,00	47,00
2 Kissen	Mk. 11,00	17,00	21,00	26,00	32,00
pro Stand	Mk. 45,00	72,00	91,00	115,00	136,00

Metall-Bettstellen m. Patentmatr. Mk. 15,— 17,— 20,— 24,— 26,— 28,— 32,— usw.
Holz-Bettstellen Mk. 24,50 28,— 30,— 33,— 36,— 40,— usw.
Kinder-Bettstellen aus Holz Mk. 13,50 23,— 28,— 30,— 32,— 38,— usw.
aus Eisen Mk. 15,— 18,— 21,— 23,— 26,— 28,— 34,— usw.
Stahldraht-Matratzen Mk. 7,75 11,— 15,— 17,—
Echte Patentmatratzen Mk. 20,— 25,— 29,—
Auflegematratzen, 3teil. m. Keil Mk. 15,— 19,— 22,— 24,— 27,— 32,— usw., einteilig mit Keil Mk. 12,—
Steppdecken Mk. 12,25 18,— 19,50 23,— 27,— 30,— usw.
Daunendecken Mk. 55,— 60,— 70,— 78,— 90,— 95,— usw.
Reform-Unterbetten Mk. 8,— 11,— 13,— 18,— 19,—

Bettfedern und Daunen
grau, Pfd. 0,90 1,40 2,— 2,25
Halbdaunen Pfd. Mk. 3,— 3,50 4,50 5,50 7,— 8,50
Dreivierteldaunen Pfd. Mk. 9,75 11,— 13,—
Reine Daunen Pfd. Mk. 9,— 9,75 11,— 15,— 18,— 23,—
Inletts und Drelle von den einfachsten Ausrüstungen bis zu den feinsten Indanthrenfarben
80 cm pro Meter 1,25 1,50 1,75 2,25 2,50 2,75 3,— 3,25
115 cm pro Meter 2,65 3,60 4,25 4,50 5,—
130 cm pro Meter 2,10 2,60 2,75 3,50 4,50 5,— 5,50 7,50
Chaiselongues Mk. 32,— 36,— 40,— 45,— 50,— 53,— 58,— usw.
Bett-Chaiselongues Mk. 125,— 140,—
Schränke, weiß, eiche und nußbaum lackiert Mk. 47,50 50,— 65,— 85,— 105,— 130,— usw.
Nachtschränke Mk. 18,— 22,— 24,— usw.
Schlafzimmer zu erstaunlich billigen Preisen

Enorme Auswahl. — Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Bettenhaus Bruno Paris

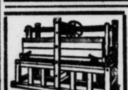
Kl. Ulrichstr. 2, Eingang Kanzleigasse, 2 Minuten vom Markt.

Enorm billiges Angebot!

Glas
4614
Weinglas . . . . 18₰
Römer m. groß. Stiel 28₰
Sturzflasche m. Glas 28₰
Bierbecher mit schönen Mustern . . . 12₰
Kompottschüssel, extra groß . . . . 38₰
Erdbeerschale, extra groß . . . . 90₰
Kuchenteller, extra groß . . . . 90₰
Kaffeeservice, 9 tlg. mit Kante . . . 3,95
Messer und Gabel . . . Paar 45₰
Prima **Zinkeimer** 28 cm . . . . 90₰

Dieses Angebot steht einzig da
Satz pa. Emaille-Schmortöpfe m. D. 4,95
Emaille
Schöpflöffel . . . 25₰
Kehrschaufel m. kl. F. 28₰
Schüssel, extra groß . 48₰
Milchtopf m. Ausguß weiß/weiß . . . 65₰
Satz Milchtöpfe mit Ausguß 1,95
Sobel
Steinweg und Gr. Ulrichstr.
45 **9**

Porzellan
Kaffeebecher, extra gr. 15₰
Speiseteller, Zackenmust. 18₰
Kaffeeservice, 4 tlg., bt. 90₰
Ober- u. Untertasse, hohe Form, bunt . 20₰
Schalentasse m. Untertasse m. br. Goldrand 28₰
Speiseteller m. breitem Zackengoldrand . . 45₰
Küchengarnitur, 22 tlg. mit Goldrand . . 8,95
Prima **Volksbadewanne** 15,85
Milchtopf, 1½ Liter . . . . 15₰
Pfeffermühle mit gutem Mahlwerk . 30₰



Nur die neuesten
Wäschemangeln
bringen Ihnen die nöchste Einnahme.
Liste frei. 7282
Bequeme Teilzahlg.
Ernst Herrschuh
Sigmar-Chemnitz (134)

Kleine Anzeigen
wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im
„Volksblatt“
großen Erfolg!

Preiswert und gut

kaufen Sie alle Waren in der

„Atlantic“

Deutsche Seefischvertriebs G. m. b. H.

Geiststraße 47 **Telefon 296 47**

Wir empfehlen heute und folgende Tage:

Seelachs ohne Kopf im Schnitt . Pfd. **20** Pfg.
Goldbarsch ohne Kopf . . . . Pfd. **35** Pfg.
Cabliau ohne Kopf im Schnitt . . Pfd. **42** Pfg.
ff. gr. Schellfisch ohne Kopf, im Schnitt . . Pfd. **45** Pfg.
ff. Fischfilet ohne Haut und Gräten von Seelachs . . . Pfd. **38** Pfg.
ff. Fischfilet ohne Haut und Gräten von Cabliau . . . Pfd. **65** Pfg.
ff. Fischfilet ohne Haut und Gräten von Goldbarsch . Pfd. **65** Pfg.

Grüne Heringe Pfd. **25** Pfg.
5 Pfd. 1,15 Mk.

Ferner:

Probieren Sie unsere zarten, goldgelben, fetttriefenden

Bücklinge . . . Pfd. nur **50** Pfg.

1 Waggon neue Schotten eingetroffen,
das Feinste was es gibt, **in allen Preislagen**

Lebende Karpfen, Schleie und Aale
zu billigsten Preisen

4620

Bekanntmachung.

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 30541 bis 33689 (Pfandscheine in braunem Druck) wird vom 6. September 1927 von 9 Uhr vormittags an im Leihamt, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 26. September 1927 bis 25. September 1928 abgehoben werden.

Halle, den 16. August 1927. 4516

Das Leihamt der Stadt Halle.

Eisleber Beerdigungs-Institut
der vereinigten Tischlermeister
e. G. m. b. H. 7943
Tel. 628 **Freistr. 8** Tel. 628
Bei eintretendem Sterbefalle genügt telephonische oder mündliche Anzeige, es werden alsdann alle erforderlichen Besorgungen prompt und kostenlos erledigt.
Särge
aller Art zu reellsten Preisen.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Gewerkschaftshaus Halle
Harz 42-44 4370
Restaurant • Sitzungszimmer
Vorzügliche Küche
Saubere Uebernachtung
Guter Mittag- und Abend-Stamm
Küche bis 1 Uhr nachts geöffnet

Für die vielen Beweise der innigen Teilnahme anläßlich des Hinscheidens und der Bestattung unseres lieben Entschlafenen, des Eisendrehers

Richard Schäffer

sagen allen hiermit auf diesem Wege herzlichen Dank

Klara Schäffer
nebst Hinterbliebenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0008

Kommunalwahlen in Hamburg, Altona und Harburg.

Harburg-Wilhelmsburg (Elbe), 25. Aug. (Eig. Drahtb.)

In den Monaten September und Oktober gehen die drei Großstädte des Unterelbegebietes in den Kampf um die Neuwahl ihrer Bürgervorsteher, Kollegien und Senate. Hamburg wählt, weil die Wahlperiode der jetzigen Vertretungen um ist; Harburg-Wilhelmsburg und Altona müssen wählen infolge der durch Gesetz vom 29. Juli im Preußischen Landtag beschlossenen großen Eingemeindungen. Durch sie ist Harburg-Wilhelmsburg Großstadt geworden, mit rund 105 000 Einwohnern. Die Wahlvorbereitungen sind in allen drei Städten bereits in vollem Gange. Wo die Einreichung der Listen noch nicht erfolgte, wird sie im Laufe der jetzigen oder der kommenden Woche vor sich gehen. In Hamburg und Harburg-Wilhelmsburg werden die Listen der Sozialdemokratie von den Vorsitzenden der Bürgerschaft, Genossen Roß (Hamburg) und Gen. Andreas Müller, Mitglied des Preußischen Staatsrats (Harburg-Wilhelmsburg), geführt. Bekanntlich haben Altona und Harburg-Wilhelmsburg neben sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sozialdemokratische Oberbürgermeister; in Hamburg ist der Einfluß der Sozialdemokratie gleichfalls überwiegend, so daß harte Kämpfe zu erwarten sind. Da außerdem die drei Kommunen ausgesprochene Industrie- und Handelsstädte sind, werden die Wahlen im September und Oktober einen Gradmesser dafür bilden, welche Lehren die Wählermassen aus den Erfahrungen der letzten Jahre zogen und wie weit besonders der Gesundungsprozeß in der Arbeiterschaft fortgeschritten ist. — In Hamburg ist Thälmann Spitzenkandidat der Kommunisten; die Demokraten führt der Fraktionsvorsitzende Platen. Die Deutschnationalen haben sich mit Dr. Koch einen neuen Führer zugelegt, während an der Spitze der volksparteilichen Liste Bürgermeister Schröder steht. Interessant ist in Altona die Tatsache, daß dort die Mieter es ablehnten, eine eigene Liste aufzustellen; in Harburg-Wilhelmsburg wollen ihre Bemühungen auch nicht recht voran. Die organisierten Mieter sagen sich mit Recht, daß jede weitere Zersplitterung von Uebel ist und daß ihre Interessen durch die Sozialdemokratie am besten gewahrt werden. Eine sonderbare Rolle spielen die bürgerlichen Beamtenorganisationen, die bei allen (!) Parteien anfragten, ob man von ihnen präsentierte Kandidaten berücksichtigen werde. Die Kommunisten können in Harburg-Wilhelmsburg nur unter schweren Wehen zu einer Liste kommen. Sie hatten sich schon in den letzten Parlamenten tot gelaufen; in Wilhelmsburg waren drei ihrer Bürgervorsteher noch kurz vor der Auflösung des alten Kollegiums zur Sozialdemokratie gegangen. Wirrwarr herrscht auch im bürgerlichen Lager, seitdem die Demokraten eine Einheitsliste ablehnten. Die SPD. geht in allen drei Großstädten zuversichtlich in den Wahlkampf. Sie hat in der Vergangenheit gute Arbeit getan und darf der Wählerschaft getrost gegenübertreten.

Fraktionsschliche des Reichszentrums.

Der bekannte Zentrumspublizist Dr. Heinrich Teipel veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung" Einzelheiten zur Vorgeschichte des Bürgerblocks. Er schreibt:

„Nach den Weihnachtsferien von 1926 ist mit den Sozialdemokraten nicht mehr ernstlich verhandelt worden, ungeachtet der Tatsache, daß sie ihre Verhandlungsbereitschaft und ihren Willen, sich an der Regierung zu beteiligen, deutlich bekundeten. Die Art und Weise, wie die Dinge laufen sollten, war eben um die Mitte des Januar von Reichsarbeitsminister Brauns bereits festgelegt. Mitte Januar hatte er mit dem Herrn Reichspräsidenten eine Unterredung, nach deren Beendigung er sich zum Reichskanzler Marx dem Sinne nach folgendermaßen geäußert hat: „Die Sache ist jetzt so gut wie abgemacht. Die Regierung mit den Deutschnationalen kommt." Das war zu einer Zeit, in der sich die Zentrumsfraktion nach rechts noch äußerst spröde zeigte und ihren Mut, ihre schlechte parlamentarische Situation zu überwinden, durch fortwährende papierene Beschlüsse zu steigern suchte. Aber schon alle Verhandlungen, die damals folgten, waren lediglich Schein oder gingen nur noch um Personen. Die Sache war im geheimen perfekt. Die berühmte „Zwangslage" hat man sich selbst geschaffen, und dem Herrn Reichsarbeitsminister tut man kein Unrecht an, wenn man ihn als den Vater der Regierung der Rechten ansieht.

Ich bin überzeugt, daß diese Mitteilung ein scharfes Dementi erfährt, aber an ihrer inhaltlichen Richtigkeit wird es nichts ändern, es wird mich höchstens zu weiteren „Indizien"-Angaben reizen können. Der Eifer des Herrn Dr. Brauns ist wohl dem Herrn v. Guérard zuweilen etwas zu groß gewesen. Aber auch er hat, als die Dinge so perfekt waren, alles getan, um dessen Plänen zum Siege zu verhelfen. Ich könnte das mit netten Einzelheiten belegen. Mit Kulissenarbeit und Scheinmanövern ist damals die Selbständigkeit der Fraktion verkauft worden."

Die Leute mit dem schlechten Gewissen.

Die Pariser Chauvinistenpresse gegen Vandervelde.

Der von dem belgischen Außenminister Vandervelde gemachte Vorschlag, die aus dem Jahre 1914 datierende deutsch-belgische Kontroverse über den Franktireurkrieg zum Gegenstand einer unparteiischen Enquête zu machen, hat die französischen Nationalisten in die höchste Wut versetzt, die nur in ihrem eigenen bösen Gewissen eine Erklärung zu finden vermag. Die gesamte Rechtspresse greift Vandervelde in schärfster Weise an. Der von ihr erhobene, ebenso lächerliche wie unerhörte Vorwurf, daß er offenbar auf Geheiß der Sozialistischen Internationale hin gehandelt habe, soll offensichtlich dazu dienen, seine mutige Initiative im eigenen Lande zu diskreditieren. Der wahre Grund für den Wutausbruch der nationalistischen Blätter, wie „Temps", „Figaro", „Echo de Paris" und anderer Hetzblätter ist aber zweifellos in der Furcht zu erblicken, daß durch die Untersuchung durch eine neutrale Kommission der Kriegsgreueltaten endlich ein Ende gemacht wird, mit der die Nationalisten noch heute in den neutralen Staaten den Haß gegen Deutschland aufrechterhalten versuchen, um die Verständigungspolitik zu sabotieren. In einem Augenblick, in dem die öffentliche Meinung Frankreichs mit Recht gegen die amerikanische Justiz schärfste Proteste richtet, bringt es die französische Nationalistenpresse fertig, im eigenen Lande Haß zu säen, indem sie schreibt, daß sie sich gegen jede Revision des ein für allemal abgeschlossenen Prozesses über die Kriegsgreuelverbrechen des deutschen Volkes wenden würde. Dieser Prozeß, der in Wirklichkeit niemals geführt worden ist, da die Ankläger sich vermaßen, auch Richter in eigener Sache zu sein, wird erst durch den mutigen Vorschlag Vanderveldes möglich gemacht. Daß Ausschreitungen auch von deutscher Seite begangen worden sind, wird niemand bestreiten, aber das deutsche Volk selbst kann der Entscheidung mit ruhigem Gewissen entgegensehen.

Blutige Zusammenstöße in Hamburg.

Ein Polizeibeamter getötet.

Hamburg, 25. August. (WTB.)

Im Anschluß an die bereits gestern gemeldeten Demonstrationen der Kommunisten für Sacco und Vanzetti setzten bei Eintritt der Dunkelheit auf dem Großen Neumarkt, auf dem Zeughausmarkt und Umgebung Angriffe auf Polizeipatrouillen ein. Die Beamten wurden mit Steinen und Flaschen beworfen. Auf dem Zeughausmarkt wurde ein Straßenbahnwagen angehalten. Als der sich im Dienst befindliche Polizeiuntermachtmeister Godbersen in einem Straßenbahnwagen von den Demonstranten bemerkt wurde, stürzten sie sich auf ihn, holten ihn aus dem Wagen und mißhandelten ihn in unmenschlicher Weise. Es gelang ihm dann, sich loszureißen und bis zu den Anlagen am Holstenwall zu kommen. Dort brach er zusammen. Auf den völlig erschöpften Beamten stürzte sich nun eine Rotte von 50 bis 60 Mann mit dem Rufe: Schlagt ihn tot! Einer der Angreifer stieß Godbersen ein Messer in die Brust und verletzte ihn tödlich. Der Mörder entkam. Die Polizeibeamten waren bei dieser Sachlage gezwungen, von ihren Pistolen Gebrauch zu machen, zumal auch aus einem Hause auf sie geschossen wurde.

Verletzt wurden bei diesen Kämpfen ein Polizeibeamter durch Flaschenwürfe und ein 21jähriger Demonstrant durch einen Kniesschuß. Mehrere völlig unbeteiligte Privatpersonen wurden von den Demonstranten gleichfalls schwer mißhandelt.

Zusammenstöße japanischer Kriegsschiffe.

129 Personen ertrunken.

Tokio, 25. August. (WTB.)

Bei einem nächtlichen Manöver der japanischen Flotte rammte ein Kreuzer einen Torpedobootzerstörer, der innerhalb 15 Minuten sank. 90 Matrosen und 12 Offiziere ertranken. Nur 22 Personen von der Torpedobootbesatzung wurden gerettet.

Gleichzeitig stieß ein anderer Kreuzer mit einem Torpedobootzerstörer zusammen, wodurch 27 Menschen ihr Leben kamen.

Die Bedrohung der Freizügigkeit.

Immer neue Schikanen.

Die Sklaverei ist abgeschafft. So steht es in allen Schulbüchern zu lesen. Bei genauerem Zusehen zeigt sich, wie auch aus den neuen Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes hervorgeht, daß das für die Kolonien nicht stimmt. Bei noch genauerem Zusehen kann man feststellen, daß auch bei uns die Sklaverei

in immer neuen Formen und Verkleidungen

aufrechtzuerhalten versucht wird. Zu dieser modernen Sklaverei gehören vor allem die brutalen und schamlosen Einschränkungen der Freizügigkeit der Arbeiter.

Fast jede Woche werden aus irgendeinem Berufszweig oder einem Landstrich neue Uebergriffe der Arbeitgeber gegen das Recht der Freizügigkeit gemeldet. Vor kurzem erst mußten wir ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes E. V., Trier (Weinbau Mosel), vom 7. Juli 1927 veröffentlichen, worin von den Mitgliedsfirmen verlangt wird, daß bei jeder Neueinstellung von Arbeitskräften möglichst telephonisch der bisherige Arbeitgeber gefragt werden soll, ob er der Einstellung zustimmt. Im verneinenden Falle soll die Arbeitskraft abgewiesen werden.

Der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie schloß unter seinen Mitgliedern Verträge ab, durch welche die Arbeiterschaft ebenfalls um ihre Freizügigkeit gebracht werden soll. Ein vertrauliches Rundschreiben des Verbandes der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie Chemnitz, das dieser Tage dem Deutschen Textilarbeiterverband in die Hände gefallen ist, enthält die Abschrift eines Vertrages der Crimmitschauer Unternehmer zum Zweck der Boykottierung derjenigen Arbeitnehmer, die ohne Zustimmung des Firmeninhabers die Arbeit wechseln.

„Die Firmen haben sich", so heißt es in dem Rundschreiben, „verpflichtet, keine Arbeiter und Arbeiterinnen aus den dem Abkommen angeschlossenen Firmen einzustellen, bevor sie nicht hierzu

die Zustimmung des letzten Arbeitgebers

haben, bei dem der Arbeitsuchende beschäftigt ist oder war."

Ausdrücklich wird in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, die Abmachung sei „so zu verstehen, daß sie nicht allein auf diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen zutrifft, die ohne Einhaltung der Kündigungsfrist weggegangen sind, sondern auf sämtliche Arbeitnehmer, auch wenn sie bei der anderen Firma ordnungsgemäß abgehen oder bereits abgegangen sind."

Diese üblen Praktiken zur Unterbindung der Freizügigkeit haben nun auch bei den schlesischen Arbeitgebern Schule gemacht. Die Zentralstelle der schlesischen Arbeitgeberverbände veröffentlicht ein Schreiben, worin die angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden,

bindende Verpflichtungen über die Erteilung von Abkehrscheinen

an die zur Entlassung kommenden Arbeiter einzugehen. Die Mitgliederverbände der Zentralstelle sollen sich verpflichten, bei Arbeitskämpfen keine durch die Arbeitskämpfe freigestellten Arbeitskräfte auch in anderen Sparten einzustellen bzw. sofern sie eingestellt wurden, sich „mit allen satzungsmäßigen Zwangsmitteln" dafür einsetzen, daß die sofortige Entlassung erfolgt.

Weiter sollen sich die Verbände verpflichten, in jedem einzelnen Entlassungsfall einen Abkehrschein zu geben, sofern die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ordnungsmäßig erfolgt sei. (Als „nichtordnungsmäßig" führt die Zentralstelle Entlassungen an, die unter Vertragsbruch, wegen einer strafbaren Handlung oder nicht ordnungsmäßiger Ablieferung des Eigentums des letzten Arbeitgebers oder wegen Nichträumung einer Werkswohnung erfolgt seien.) Arbeiter, die keinen Abkehrschein besitzen, sollen nur eingestellt werden, wenn der frühere Arbeitgeber mit der Einstellung einverstanden ist. Außerdem sollen sich die Arbeitgeberverbände verpflichten, auf ihre Mitglieder dahin einzuwirken, daß alle entgegen dieser Bestimmung eingestellten Arbeiter

sofort wieder entlassen werden,

wenn der vorhergehende Arbeitgeber es fordert. Alle derartigen Anträge sollen über die Zentralstelle der schlesischen Arbeitgeberverbände gehen, so daß also praktisch eine Kontrolle der Einstellungen hinsichtlich des letzten Arbeitsverhältnisses durchgeführt wird.

Moderner Sklavenmarkt! Man will in der Verwendung oder Nichtverwendung der Arbeitskraft nach Gutdünken schalten und walten. Mit einer Art maskierten gelben Arbeitgeberschutz nachweisen will man die Löhne drücken, den Brotkorb höher hängen und dem Arbeiter die bescheidenen Möglichkeiten, sich irgendwo eine bessere und erträglichere Arbeitsstelle zu suchen, rauben.

Ein schamloses Treiben, gegen das allmählich nicht nur die gerade zufällig betroffenen Gewerkschaften, sondern

die gesamte Arbeiterschaft sich zur Wehr setzen

muß. Die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterschaft werden mit Füßen getreten, die alten schäbigen Krüppelmethoden der Vorkriegszeit wieder eingeführt. Die Arbeiter wollen nicht nur bloß platonische Liebeserklärungen für die Reichsverfassung an den Verfassungstagen, sondern Respektierung der sozialen Bestimmungen dieser Reichsverfassung, vor allem des Artikels 111, der allen Deutschen Freizügigkeit zusichert. Wann wird endlich einmal den Arbeitgebern die Rechtswidrigkeit der Freizügigkeitsunterbindung klargemacht? Wo bleiben die Staatsanwälte? Wo bleibt vor allem der Reichsarbeitsminister?

Ende des Streiks in der Rheinschiffahrt.

Das Deckpersonal der Rheinschiffahrt des Oberrheins hat in einer Versammlung des Verkehrsbundes in Mannheim gegen eine Minderheit den Kölner Tarifvertrag angenommen, der eine Lohnerhöhung von drei Mark für den Matrosen vorsieht und bis zum 1. April gilt. Die Arbeit wird am Oberrhein wieder aufgenommen.

Die Lohnerhöhungen machen 7 bis 10 Prozent aus, die Arbeitszeit ist auf der Grundlage des Achtstundentages geregelt. Die neuen tariflichen Bestimmungen sind zweifellos bedeutend besser als der bisherige Zustand.

Die Bauunternehmer lenken ein.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes haben sich in dem Streit um die Arbeitszeit endlich dazu bequemt, das Hauptarifamt anzurufen. Ihr Mißerfolg bei den Bemühungen, das Reichsarbeitsministerium zur Einleitung von Schlichtungsverhandlungen zu zwingen, veranlaßt sie, dem Ministerium vorzuwerfen, es habe mit allen Mitteln versucht, selbst eine Mehrarbeit für die Saison zu vermeiden, die nur einen Ausgleich der saisonmäßig bedingten Minderarbeit im Winter darstellen würde.

Was die Arbeitgeber dem Arbeitsministerium vorwerfen, gereicht diesem eher zum Lob als zum Tadel; denn die Baukonjunktur ist zurzeit nicht schlecht. Wenn auch für den Winter noch etwas zu tun übrigbleibt, so ist das wirklich kein Unglück. Der Schrei nach Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe ist durch nichts gerechtfertigt. Die Arbeitgeber sollten doch die Kirche im Dorf lassen!

Der Schutz der Landarbeiterfrauen.

Die internationalen Bestimmungen.

Der Reichsarbeitsminister hat seinerzeit den sozialdemokratischen Antrag auf Einbeziehung der Landarbeiterfrauen und weiblichen Hausangestellten in das Gesetz über den Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft mit der Begründung abgelehnt, daß das Washingtoner Abkommen, um dessen Ausführung es sich jetzt handle, die Landwirtschaft nicht berücksichtigte. Diese Begründung ist sachlich anfechtbar.

Vor uns liegen die „Amtlichen Mitteilungen" des Internationalen Arbeitsamtes vom 19. April 1922, enthaltend die von der Dritten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gefaßten Beschlüsse. Einer dieser Beschlüsse stellt einen „Vorschlag, betreffend den Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen vor und nach der Niederkunft" dar. Der Vorschlag hat folgenden Wortlaut:

„Daß jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation Maßnahmen treffe, um den Lohnarbeiterinnen in landwirtschaftlichen Betrieben vor und nach der Niederkunft einen ähnlichen Schutz zu gewähren, wie er für die in Handel und Gewerbe beschäftigten Frauen in dem von der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington angenommenen Entwurf zu einem Uebereinkommen vorgesehen ist. Diese Maßnahmen sollen das Recht, während einer bestimmten Zeit vor und nach der Niederkunft von der Arbeit fernzubleiben, und den Anspruch auf eine Unterstützung — entweder aus öffentlichen Mitteln oder durch eine Versicherung — während dieser Zeit sicherstellen."

Sollte dem Reichsarbeitsminister, der sich ressortmäßig um die Entscheidungen der Internationalen Arbeitskonferenz zu bekümmern hat, der in Genf zustande gekommene Vorschlag vollkommen entgangen sein? Wir können uns das nicht denken, weil sich der Minister dadurch in reichlich starker Weise bloßgestellt hätte. Unsere Meinung ist vielmehr die, daß er die Genfer Entscheidung absichtlich und zu dem Zwecke unerwähnt gelassen hat, möglichst wenig Einwandsmöglichkeiten gegen seine Einstellung zum sozialdemokratischen Antrag zu bieten.

Dem Reichsarbeitsminister ist jedenfalls ein großer Irrtum in sachlicher Beziehung unterlaufen. Damit ist er im Interesse seines Ansehens verpflichtet, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, es sei bei dem im Reichstag abgegebenen Erklärung sein Bewenden haben soll.

Arbeitskämpfe in Japan

Die Arbeitskämpfe in Japan beginnen allmählich Formen annehmen, die an die berüchtigten Pinkerton-Methoden erinnern. So wird zurzeit ein Streik in der Fabrik der Dai Nippon Spinning Company in Tokio von der Gesellschaft mit Hilfe der Polizei geführt. Heftige Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei waren die Folge. 600 Frauen werden von der Gesellschaft innerhalb des Fabrikgrundstückes wie Gefangene gehalten, um ihnen jede Verbindung mit den Streikenden unmöglich zu machen. Diejenigen, die sich mit den Ausständigen solidarisch erklären, werden gewaltsam am Verlassen der Arbeitsstätte gehindert. Die Fabriktore sind verbarrikadiert und werden von einer 200 Mann starken, bis an die Zähne bewaffneten Schutzgarde bewacht, die ihrerseits wieder durch polizeiliche Absperrung aller nach dem Betriebe führenden Straßen und Plätze gedeckt wird. Als die Ausständigen in der Nähe der Fabrik eine Versammlung zur Besprechung der Streiklage abzuhalten versuchten, wurden sie von der Polizei angegriffen. Vier Mitglieder der Streikleitung wurden dabei verhaftet. Auch ein Demonstrationszug vor der Fabrik wurde gemeinschaftlich von der Polizei und den Pinkertongarden auseinandergesprengt. Augenblicklich stehen annähernd 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik, der sich gegen die Herabsetzung der in der japanischen Textilindustrie ohnehin schon sehr niedrigen Löhne wendet.

Die Allgemeine japanische Gewerkschaftsfederation hat die Führung des ursprünglich wilden Streiks in die Hand genommen und zur Ernährung der fast sämtlich mittellosen Ausständigen am Sitz der Streikleitung eine Küche eingerichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0009

Kaum irgendein Fall eines „zum Tode Verurteilten" hat im Laufe der letzten Jahrzehnte so die internationale Presse und Oeffentlichkeit bis in die entferntesten Zonen und die an sich abseits stehenden Kreise beschäftigt und durch erregteste Kundgebungen in Atem gehalten wie der Fall Sacco-Vanzetti, der gerade jetzt als klassischer Justizmord das Gerechtigkeitsgefühl aller Welt bis zur Siedetemperatur erhitzt hat. Dadurch wird wieder das Interesse an unserer alten sozialistischen Forderung wachgerufen und die Forderung wieder lauter: Fort mit dem Urteil: „Zum Tode verurteilt!"

Aus der Geschichte der Todesstrafe.

Wenn auch die von der Wissenschaft vorgebrachten Gründe gegen die angebliche Wirksamkeit der Todesstrafe den deutschen Reichsrat nicht veranlassen konnten, sie in das neue Strafgesetzbuch wieder übernehmen zu wollen, so scheint doch dieses Strafmittel der Todesstrafe in „Kulturländern selbst zum Sterben verurteilt zu sein. Es ist wenig bekannt, daß die frühgeschichtlichen Zeiten aus moralischen und Justizgefühlsgründen die Todesstrafe ablehnten. Die ersten Christen lehnten sie kraß als „Blutvergießen" ab, und die frühe Kirche verbot ihren Priestern, bei einer Hinrichtung, die als „Sünde" betrachtet wurde, anwesend zu sein. Erst im zwölften Jahrhundert, als die Kirche sich willfährig der weltlichen Macht des Imperialismus und Kapitalismus auslieferte, um schließlich in bewußter Verkennung der Lehre Christi selbst diese Machtstellungen zu erobern, wurde das anders. Doch auch hier scheint immer ein peinliches Gefühl eigener Blutschuld sich bemerkbar gemacht zu haben — Ungezählte traten mutig auf und erhoben, wie Beccaria in Italien, ihre Stimme gegen die angebliche „Heiligkeit" der früher doch verdammten Todesstrafe; Karl V. führte, um jede persönliche Verantwortung zu verdunkeln, für Richter und Ausübende der Strafe das Los ein; die Henker wurden zu Persönlichkeiten, denen man wie Mördern aus dem Wege ging und deren Berührung schon Verunreinigung erschien; man führte vor dem Hochgericht eine Zeremonie ein, ein symbolisches Geständnis des Verurteilten vor allem Volk, um so alle Schuld von Richtern und Henkern abzuwälzen; den Geistlichen wurde verboten, über das Strafmittel sich kritisch zu äußern. Die Erkenntnis einer unmoralischen Handlung dämmerte immer mehr, wenn auch — ein Kuriosum! — ein Kulturmensch wie Goethe seine Doktorarbeit ausgerechnet dem Nachweis „der Notwendigkeit der Todesstrafe" widmete. Die moderne Zeit räumte mit dieser Ansicht auf: wenn auch in Deutschland allerdings die sozialistischen Kreise gemeinsam mit demokratischen vergeblich für die Aufhebung der Todesstrafe kämpften, so gelang diese doch in vielen Kulturstaaten, wie u. a. in Holland, Norwegen, Schweden, einzelnen Staaten Amerikas u. a.; weitere moderne Staaten kennen zwar noch gesetzlich die Todesstrafe, üben sie aber prinzipiell nicht mehr aus, wie u. a. Dänemark und auch schon annähernd Preußen. Die statistisch festgelegten Erfahrungen Schwedens, Norwegens, Hollands und Dänemarks beweisen, daß mit der Abschaffung der Todesstrafe tatsächlich die Morde seltener wurden. Die nüchterne Beweiskraft der Zahlen, daß in diesen Ländern die kriminalistische Kurve sich weiter abwärts bewegte statt (wie prophezeit) aufwärts und die dadurch erbrachte Widerlegung der Theorie von der Einschüchterung durch Todesstrafe gaben den Stimmen der Gegner dieses Strafmittels recht: „Die Abschaffung des Mörders beginnt mit der Abschaffung der Todesstrafe!"

Richtstätten und Hinrichtung.

In alten Zeiten waren die Richtstätten Arsenale sadistischer Folter- und Mordinstrumente. Der Galgenstrick war das harmloseste; eiserne Zangen, Knochenbrechapparaturen und Mechaniken, Leiber langsam bis zum Herzkrampfmoment auseinanderzuziehen, Räder und Scheiterhaufen waren die schlimmeren, aller Menschlichkeit hohnsprechenden. Allmählich erst wurde der Strick oder ein Würgapparat (in östlichen Ländern) das Uebliche, abgesehen vom Henkerschwert oder Handbeil. Die Hinrichtung fand meist im Freien statt und wurde häufig zu einer Art grauenhaften Volksbelustigung, wie z. B. noch vor 60 Jahren erst im Kanton Waadt, wo unter Anwesenheit zehntausender zu diesem „Vergnügen" herbeigeeilten Besucher bei Jahrmarktsrummel und Hochbetrieb die letzte Enthauptung stattfand. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch verzeichnete das Preußische Recht folgende Todesstrafen: 1. Arkebusieren (Erschießen), 2. Hinrichtung durch das Schwert, 3. durch den Strang, 4. durch das Feuer, 5. durch das Rad von oben hinab oder von unten hinauf, 6. durch Vierteilung. Die während der französischen Revolution vom Konvent eingeführte und nach dem Arzt Guillotin benannte (aber nicht von ihm erfundene!) Guillotine und das auf ihr basierende verbesserte mechanische Fallbeil ersetzte seit neuerer Zeit die obenbenannten Strafmittel. Seit Bestehen der neuen Strafprozeßordnung findet jedenfalls in Deutschland die Hinrichtung durch Enthauptung (teils noch durch Handbeil, teils Fallbeil) statt, wie ja die Strafprozeßordnung den Vorgang der Hinrichtung etwas humaner — wenn hier überhaupt von „human" die Rede sein darf! — gestaltet hat. Die Todesstrafe ist nur mehr zulässig, wenn nach einem Urteil des Reichsgerichts der Reichspräsident, nach einem Landesgerichtsurteil die Staatsbehörde erklärt hat, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Kurz danach wird den Verurteilten die Hinrichtung angekündigt, die dann umgehend zu erfolgen hat. Und zwar in einem umschlossenen Raum (Gefängnishof, [illegible] unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, eines Staatsanwaltschaftsbeamten, des Gerichtsschreibers, eines Gefängnisbeamten und von zwölf durch den Gemeindevorstand als Zeugen abgeordneten Gemeindemitgliedern. Geistlicher und Verteidiger können zugelassen werden. Auch die Leiche, die früher der Anatomie verfiel, kann jetzt auf Antrag der Angehörigen zur allerdings nur „einfachen" Beerdigung freigegeben werden. In Oesterreich wird wie in Großbritannien noch durch den Strang, in Rußland durch Erschießen, im Südosten durch Erdrosseln, in Spanien durch die Garotte (Halseisen), in den Vereinigten Staaten teils durch Strang, teils durch den elektrischen Stuhl, Blausäure oder die „gas-chamber", die Einführung tödlicher Gase in die Zelle des meist Schlafenden. Dem zum Tode Verurteilten sind kleine, gerade grausam wirkende Vergünstigungen (freieres Bewegen, Spezialwünsche, letzte Besuche u. ä.) erlaubt, so auch die berühmte „Henkersmahlzeit", wozu oft noch — ein merkwürdiger Wunsch — eine gute Zigarre und ein gutes Getränk treten. Jedenfalls Dinge, die das angeblich „Heilige" und „Moralische" der Todesstrafe ad absurdum führen!

Justizmord!

Nach dem Gesetz ist das Töten von Menschen ein Verbrechen und verdammenswert, vom Standpunkt des Kulturstaates aus kulturlos und bestialisch! Verurteilt ein „Kulturstaat" einen Menschen zum Tode, so setzt er sich damit zu seinem eigenen geschriebenen Gesetz und ungeschriebenen Kulturgesetz in Widerspruch, begeht er ein Verbrechen und eine Bestialität. Kein Verbrecher wird durch Todesstrafe gebessert; aber auch kein Staat! Die Wirkung der Todesstrafe dauert nur von dem Urteil bis zur Vollstreckung; im Falle der Ersetzung durch Freiheitsstrafe aber ständig, kann also bessern und so „sühnen". Gefährlich und zu verwerfen aber ist die Todesstrafe deshalb, weil sie niemals klar einen Justizmord ausschließt, wie es ja gerade der Fall Sacco-Vanzetti beweist. Mit der Vernichtung des Hingerichteten ist aber der Verlust der Persönlichkeit unwiederbringlich und die Wiedergutmachung des Justizverbrechens (oder Irrtums!) unmöglich. Die Möglichkeit des Justizirrtums ist aber häufig nachgewiesen. Für einen von Denke begangenen Mord saß jahrelang ein glücklicherweise zu „lebenslänglich" begnadigt Gewesener; im Fall Haas war es hart auf hart gegangen, daß ein Unschuldiger nicht verurteilt wurde; die Statistik weist allein aus Hamburg vier — wie sich später herausstellte — Hinrichtungen an Unschuldigen auf unter 18 Hinrichtungen in 50 Jahren. Weiter ist nachgewiesen, daß in Deutschland von 144 Angeklagten, die — wie ebenfalls erwiesen wurde — zur Zeit ihrer Tat schwer geisteskrank waren, 106 für ihre Geisteskrankheit zum Tode verurteilt wurden. Von 100 Irren wurden vom Gericht nur 28 als geisteskrank erkannt. Die Gefahr des Justizmordes und Justizirrtums ist also immer vorhanden! Ob aus Mangel an Beobachtungs- und Urteilskraft dort und aus politischen Gründen (wie bei Haas bei uns und Sacco-Vanzetti in Amerika!) ist gleichgültig — der Staat begibt sich durch die Todesstrafe in Gefahr, „Mörder" zu werden . . .

•

Das ist es, daß der Fall Sacco-Vanzetti die ganze Menschheit, soweit sie noch moralisch zu fühlen in der Lage ist, erregt und empört: daß gerade hier alles, was gegen die Todesstrafe als Strafmittel spricht, doppelt und dreifach beweiskräftig spricht! Mögen so Sacco und Vanzetti, von Irrenden und politisch Hassenden zum Tode verurteilt und sieben Jahre lang gequält, mit ihren Leiden ein Gutes stiften: daß ihr Fall, in aller Welt laut geworden, unseren Kampf gegen die Todesstrafe mit zum endlichen, um der Menschlichkeit und Gerechtigkeit willen notwendigen Siege verhelfe!

Gummi-Bälle, Zelluloid-Spielwaren, Gummi-Aufblastiere-Neuheiten. Gummi-Bieder, Gr. Steinstr., Nähe Markt

Der unbekannte Tod

Ein Roman in sieben Tagen

Von Hellmuth Quast-Peregrin

(Copyright by Greiner & Comp., Berlin W. 30.)

30 (Nachdruck verboten.)

XXX.

Eine ungewöhnliche Unruhe herrscht am Morgen auf dem Superator.

Die Passagiere bilden Gruppen, sammeln sich zu größeren Haufen, erregt wird debattiert — etwas Schreckliches ist geschehen — überall sind rätselhafte Erkrankungen in Erscheinung getreten — in der ersten Kajüte jammert fassungslos um ihre beiden Kinder eine ungarische Baronin, ihr Gatte versucht sie zu trösten und will sich selbst zur Haltung zwingen, ein englisches Ehepaar ist erkrankt, zwei Herren von dem amerikanischen Bankkonsortium liegen darnieder. Bedrückt und niedergeschlagen verlassen Stewards und Steward dessen ihren Dienst, auch aus ihrer Mitte hat man heute morgen vier Männer und sechs Frauen ins Hospital gebracht. Dimitri Uegejowitsch erscheint mit seinen Wahrenträgern und will die Kranken aus der ersten Kajütklasse abholen, die ungarische Baronin will ihre Kinder nicht lassen, sie verfällt in Schreikrämpfe, Herren und Damen der Gesellschaft eifern herum, man nimmt Partei für und wider — heftiger Wortwechsel entspinnt sich. Der Kapitän wird gerufen, er will schlichtend eingreifen, gibt mit knappen, ernsten Worten Aufklärung — ein Sturm der Empörung bricht los. Elegante Männer vergessen sich, stürmen mit geballten Fäusten auf den Kapitän. Damen werden zu kreischenden Weibern, Flüche und Verwünschungen hallen, Forderungen werden laut — die Boote klar — man will das Schiff verlassen. Auch in der zweiten Kajütklasse spielen sich furchtbare Szenen ab, vierzehn Erkrankungen, Männer, Frauen, Kinder. Alles lärmt und schreit durcheinander, die Passagiere bestürmen die Mannschaften, die achselzuckend alles mit anhören, sie sind selbst ja auch nicht gefeit gegen den unheimlichen Würger, der auf dem Schiffe umherschleicht. —

Dem Kapitän gelang es nicht, sich durchzusetzen, kritisch wurde seine Lage und die der Krankenträger. Urgejowitsch wurde bereits tätlich angegriffen — da — mit Stentorstimme überschrie der Mahatma den Lärm.

„Der Inder."

„Was will der?"

Alles wich zurück, eine unerklärliche Macht ging aus von dem hageren, asketischen Mann, dessen Augen in unheimlichem Feuer glühten.

„Rasende Toren! Schlaget den Führer und Ihr treibt steuerlos auf dem Meere! Schlaget den Arzt und Ihr werdet Opfer der Seuche! Camaratha Botah nennt nur noch wenige Stunden sein, aber er warnt euch. Seid stark und scheuet nicht den Tod, dem Gewalt gegeben ist nur noch diesen Tag und eine Nacht und noch einen Tag. Das saget euch Camaratha Botah, der jetzt von euch geht. Seine Augen sehen weiter wie eure Augen. Sie sehen das Zeichen des Sterbens an den Stirnen derer, welche die Zeit dieser Geburt vollendet, für welche die neue Geburt beginnt. Und seine Augen sehen das Zeichen an den Stirnen jener, die da bleiben müssen und weiter leiden, bis ihre Stunde gekommen ist."

Während er mit donnernder Stimme seine Worte den Erschrockenen entgegenrief, schien er zu wachsen in ekstatischer Furchtbarkeit — jetzt sank er in sich zusammen, ein alter, von Leiden und Kasteiungen zermürbter Mann, ein armer buddhistischer Mönch, er wandte sich um und schlurfte langsam den Gang entlang, zurück in seine Kabine. —

Stumm und betreten standen die eben noch so erregten Passagiere — die Bahrenträger des Urgejowitsch vollbrachten ihr trauriges Werk, keine Hand wehrte ihnen, kein Mund fand ein Wort des Einspruches. Langsam, schwerfällig gingen sie mit ihren Lasten hinunter in das Hospital, dessen Bereich niemand von den Hereingebrachten auf eigenen Füßen verließ — lasciate ogni speranza!

Als Dimitri Urgejowitsch mit seiner Todeskarawane die Hospitalzellen erreichte, hörte er auf dem Wege, der zur dritten Kajütklasse führte, einen fürchterlichen Lärm, eine Schlägerei scheint dort stattzufinden. Er verließ seine Leute und stürmte dorthinhin, woher das Getümmel tonte, da prügelten sich Stewards und Passagiere mit den Matrosen herum, welche als Posten den Zugang zum Hospital und zur ersten Kajütklasse bewachten.

Mit fliegendem Mantel kam der Russe daher,

„Was geht hier vor? Was tobet ihr hier? Störet die Ruhe, die meine Patienten nötig brauchen!"

„Dann nehmet die Kranken auf, die wir brachten — warum kommet Ihr nicht gleich und ließet uns erst von den Matrosen abweisen?"

Ein alter graubärtiger Mann hatte aus dem Lärm ihm diese Worte zugeschrien.

Urgejowitsch brüllte zurück, damit es jeder der Scheltenden und durcheinander Redenden hören sollte.

„Ich habe soeben erst die Kranken aus den anderen Kajütklassen geholt, jetzt kommen die euren an die Reihe . . ."

„Immer erst die anderen, die Reichen. Wir können hier verrecken wie das Vieh . . ."

„Die anderen waren zuerst gemeldet, niemand wird bevorzugt. So — nun bringt eure Kranken aber schnell, jede Verzögerung bedeutet Gefahr . . ."

„Sie? Doktor, ist wirklich die Pest an Bord? Sterben die Kranken alle?"

„Wir müssen alle einemal sterben, die einen früh, die anderen spät . . ."

„Das ist keine Antwort auf unsere Frage. Haben wir eine Epidemie auf dem Schiffe oder nicht? Ja oder nein?"

Da packte Urgejowitsch eine maßlose Wut über dies sinnlose Treiben der Leute, er sprang noch drei Schritte vor, mitten unter die erregte Menge, und schrie sie an:

„Weg mit euch! Weg von mir! Wir haben eine Seuche an Bord — schlimmer wie die Pest! Nun wißt ihr, was euch bevorsteht!"

Als wenn ein Blitz zwischen die Menschen gefahren wäre, so wirkten diese Worte, kreischend, schreiend, aufbrüllend prallte der Haufen zurück, die vorderen rissen die hinter ihnen Stehenden zu Boden, eine wahnsinnige Panik bemächtigte sich der von Schrecken und Grauen Ueberwältigten. Sie stolperten, trampelten übereinander fort . . .

Urgejowitsch hatte Luft bekommen. Er ließ die Erkrankten der dritten Kajütklasse holen, sein Hospital war überfüllt, in den Betten, auf dem Fußboden, in den Gängen lagen die im Fieber tobenden Todgeweihten und der Russe ging von einem zum andern und machte Seruminjektionen. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270825-19/fragment/page=0010